

## 9 Tagesordnung

**Fortsetzung der Tagesordnung: 18.56 Uhr**

**Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger**

- 9.1 Stk. 24) A8-141816/2021-184**      **Personalamt, Budgetverschiebung im Nicht-LCF-Bereich 2022 in Höhe von € 426.000 und Präsidialamt, Budgetverschiebung im Nicht-LCF-Bereich von 2023 auf 2022 in Höhe von € 26.400**

GR Dr. **Hackenberger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich habe eigentlich nicht verstanden, warum das Stück aus dem Block herausgenommen wurde, denn da geht es um die Zahlung der Gehälter. Die sind schlicht und einfach zu niedrig budgetiert worden, was ein, wie wir heute im Finanzausschuss gehört haben, ein handwerklich Missgeschick war und sonst nichts. Das musste dann mit einer Zwischenauszahlung gelöst werden, sodass das also derzeit nicht budgetiert ist, und wir müssen die Budgetierung jetzt nachholen. Das Geld dient zur Auszahlung der Gehälter und wir müssen einfach die Budgetansätze durch den heutigen Beschluss wieder in Ordnung bringen. Das sind rechtliche Verpflichtungen, denen wir hier ausgesetzt sind. Und ich glaube nicht, dass man darüber ernstlich diskutieren kann. Ich stelle daher namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien den Antrag, den Finanzierungs- und den Ergebnishaushalt 2022 zu ändern, wie es in dem Antrag drinnen steht. Die Tabelle will ich Ihnen ersparen. Danke vielmals (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2022

*Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2022 werden wie folgt geändert:*

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022
<b>Betreffend Personalamt:</b>							
900	080000	1.760000		Pensionen/sonst. Ruhebezüge	D.900004	+396.000	+396.000
900	011200	1.566000		Zuwendungen aus Anlass von Dienstjubiläen	D.555555	-198.000	-198.000
900	080000	1.760100		Pensionen u sonst. Ruhebezüge (inkl. DGB) Holding		-198.000	-198.000
110	000000	1.721200		Bezüge der gewählten Organe	D.110004	+30.000	+30.000
900	011200	1.566000		Zuwendungen aus Anlass von Dienstjubiläen	D.555555	-30.000	-30.000
<b>Betreffend Präsidialamt:</b>							
110	000000	1.614006		IH Gebäude GBG	D.110004	+26.400	+26.400
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-26.400	-26.400

*Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:*

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
<b>Betreffend Präsidialamt:</b>							
110	000000	1.614006		IH Gebäude GBG	D.110004	-26.400	-26.400
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		+26.400	+26.400

*Die erfassten Budgetüberschreitungen können damit seitens der Finanzdirektion wieder aus dem SAP genommen werden.*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke vielmals. Fürs Protokoll bitte ich festzuhalten, Herr Gemeinderat Zirngast hat sich soeben bei mir aus Krankheitsgründen entschuldigt. Wir kommen nun zu den Wortmeldungen. Herr Stadtrat Manfred Eber, bitte.

**StR Eber:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben dieses Stück hier heute, wie der Kollege Hackenberger berichtet hat, ja heute bereits schon im Finanzausschuss kurz diskutieren können. Ich darf inzwischen neue Informationen nachliefern. Es handelt sich nicht um ein handwerkliches Missgeschick, sondern es handelt sich um folgende Tatsache, es ist ein Bediensteter, der also bereits Beamter war, nach längeren Jahren der Tätigkeit in der Stadt Graz hat er sich verabschiedet, nicht in die Pension, sondern hat sich anders orientiert, sozusagen beruflich, und das bedeutet für das Personalamt, dass selbstverständlich die geleisteten und angesparten Pensionsbeiträge an die entsprechende neue Pensionskasse überwiesen wurden und das war eben im Ausmaß von rund 400.000 Euro. Danke.

***Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.***

**Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger**

**9.2 Stk. 25) A8-20509/2006-081  
A8-25167/2006-116  
A8-141816/2021-189**

**Haus Graz Finanzierung,  
1. Großmutterzuschuss an die GUF  
in Höhe von 40 Mio. € zur Stärkung des  
Konzerneigenkapitals der Holding,  
2. Haushaltsplanmäßige  
Vorsorge/Änderung**

**GR Dr. Hackenberger:**

Sehr geehrte Damen und Herrn, da wird sich der Herr Stadtrat Riegler freuen, über dieses Thema wurde ja öfters schon diskutiert in diesem Haus in letzter Zeit. Es geht darum, dass der überwiegende Teil der Investitionen im Haus Graz in den nächsten Jahren nicht von der Stadt Graz selbst, sondern von den Beteiligungen, insbesondere der Holding Graz, erwartet wird. Um die Zielsetzungen des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012, also das Volumen der kommunalen Haftungen in der Steiermark möglichst gering zu halten und auch den Präferenzen des Kapitalmarktes entgegenzukommen, nämlich direkte Kommunalfinanzierungen anstelle von Unternehmensfinanzierungen vorzunehmen, wofür dann städtische Garantien zu hinterlegen sind, werden die Haus-Graz-Finanzierungen durch die Stadt Graz aufgenommen und dann, soweit sie die Stadt nicht für eigene Investitionen benötigt, an die Tochtergesellschaften weitergeleitet. Das nennt man dann zum Beispiel Großmutterzuschuss. Jetzt ist beabsichtigt, der GUF, also der Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH, zur Eigenkapitalstärkung einen nicht rückzahlbaren Großmutterzuschuss in der Höhe von 40 Millionen zu gewähren, zur Bedeckung der am 31.3.2023 fälligen Tranche ist eine Ziehung in Höhe von 20 Millionen aus dem Finanzierungsvertrag 4 bei der Europäischen Investitionsbank vorgesehen. Großmutterzuschuss heißt Stärkung des Eigenkapital in der Holding und saniert das, was von manchen in diesem Haus als Panne angesehen wurde, einfach das Eigenkapital in der Holding. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien stellt im Sinne des Motivenberichtes also den Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen, den Großmutterzuschuss von 40 Millionen Euro der Stadt Graz an die GUF

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2022

zur Eigenkapitalstärkung gemäß beiliegendem Vertrag, der Vertrag ist angeschlossen, zu genehmigen und den Finanzierungshaushalt 2022/2023 entsprechend zu ändern. Ich bitte Sie um Annahme dieses Stückes (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Der Großmutterzuschuss in Höhe von 40 Mio. € der Stadt Graz an die GUF zur Eigenkapitalstärkung gemäß beiliegendem Vertrag wird genehmigt. Der Vertrag ist ein integrierender Bestandteil dieses Beschlusses.*
- 2. Der Finanzierungshaushalt 2022 sowie 2023 wird wie folgt geändert:*

Fistl	Fonds	Fipos	HHP	Beschreibung des HHP/der Fipos	FVA 2022	FVA 2023
180	914000	1.248000		Darl. an Beteiligungen	-70.000.000	
180	914000	2.346000		Inv.Darl. v Finanzunternehmen	-50.000.000	+20.000.000
180	914000	1.080000	31808010	Beteiligungen an verbundenen Unternehmen	+20.000.000	+20.000.000

*Für die Ziehung der 20 Mio. € bei der Europäischen Investitionsbank wird im nächsten Jahr dem Gemeinderat ein gesonderter Bericht zur Beschlussfassung vorgelegt.*

**StR Dr. Riegler:**

Lieber Herr Hackenberger, zunächst einmal geht es natürlich nicht nur darum, ob ich mich persönlich darüber freue oder nicht freue, sondern es geht zunächst einmal darum, ob es gut für die Gesellschaften ist, und in diesem Fall hier, was den Zuschussbedarf für die Holding betrifft, ist es ganz ein bemerkenswerter Zick-Zack-Kurs, den wir hier erleben, eine endlose Geschichte. Im Juni-Gemeinderat, im sogenannten Budgetgemeinderat, habe ich vor Eingang in die Tagesordnung zur

Geschäftsordnung eben eingemahnt, dass man einen solchen Gesellschafterzuschuss leisten möge. Damals hat man uns irgendwie erklärt, dass das überhaupt nicht notwendig sei, auch der Michi Ehmann hat das dann später noch in der Stadtregierung auch noch einmal unterstrichen, dass das ja überhaupt nicht erforderlich sei. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass wir zunächst einmal deshalb die Notwendigkeit darin gesehen haben, weil es nach § 82 GmbH-Gesetz den Tatbestand der einmaligen Rückgewähr möglicherweise gibt. Und da ja der Herr Finanzstadtrat Eber bisher eigentlich hauptsächlich als steinerner Gast aufgefallen ist, der eigentlich bisher sich in keiner Frage, die wir bisher hier releviert haben, zu Wort gemeldet hat, würde ich jetzt einfach nur gerne kurz einmal geklärt haben für das Protokoll erstens einmal, was hat den Sinneswandel ausgelöst. Hat es möglicherweise jetzt doch dann gefruchtet, dass diverse Fachexperten gesagt haben werden, naja, eigentlich wäre es halt schon notwendig, dass man, wenn man schon den Verkehrsfinanzierungsvertrag nicht zahlt, dass man da wenigstens einen Gesellschafterzuschuss leistet? Also erstens einmal, was hat den Sinneswandel bewirkt? Zweitens, wie bemisst sich eigentlich der Betrag, wie kommt man gerade auf 40 Millionen und nicht auf 30 oder auf 50? Gefühlsmäßig hätte ich gesagt, dass das Verkehrsfinanzierungsdefizit eher bei 60 oder 70 herum liegt. Also kannst du mir kurz erklären, lieber Manfred, wie man auf den Betrag von gerade 40 kommt? Und die dritte Frage, was ist jetzt eigentlich mit dem Beteiligungsansatz im Vermögen der Stadt Graz an der Holding Graz, ist dieser Beteiligungsansatz richtig bewertet? Ich glaube nicht. Und mich würde interessieren, ob das jetzt endlich einmal dann auch im Zuge des Rechnungsabschlusses richtiggestellt wird (*Appl.*).

**StR Eber:**

In aller Kürze, natürlich sind wir ja jetzt in einem Konsolidierungsprozess und da werden wir selbstverständlich genau prüfen, welche Möglichkeiten und welche Notwendigkeiten es auch im Bereich der Holding gibt. Eine Notwendigkeit aufgrund der Eigenkapitalquote für diesen Großmutterzuschuss gibt es tatsächlich nicht. Also das haben wir ja mehrmals schon festgestellt, dass wir bis 2023, 2024 bei der

Eigenkapitalquote bei der Holding Graz kein Problem haben werden. Warum machen wir das dennoch? Also es ist so, wie im Stück auch drinnen steht, die Investitionen werden hauptsächlich über die Beteiligungen getätigt und das bedeutet in erster Linie natürlich über die Holding Graz. Also in den Wirtschaftsplänen, auch in der Mittelfristplanung der Holding, gehen wir davon aus, dass wir rund 100 bis 110 Millionen Euro jährlich für Investitionen über die Holding Graz tätigen werden. Und das bedeutet eben, dass wir hier und heute mit diesem Großmutterzuschuss einen Investitionszuschuss geben, den die Holding natürlich benötigt. Was alle anderen Bewertungen und so weiter anbelangt, also da werden wir uns das natürlich noch genauer ansehen müssen, und ich gehe davon aus, dass hier die Finanzdirektion uns natürlich in den nächsten Wochen und Monaten Genaueres sagen kann, und werden, falls eine Notwendigkeit besteht, selbstverständlich eine entsprechende Anpassung vornehmen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich hänge meine Wortmeldung auf an dem Bericht "Zustand Haus Graz" des Stadtrechnungshofes, wo die Beteiligungen in vier Bänden durchleuchtet werden und wo einmal ein Schritt aus dem Im-Trüben-Fischen rausgefunden wurde und einmal ein Weg angezeigt wurde. Der zweite Punkt ist, dass wir, wie heute schon viel besprochen, nur mehr Budgetbeschlüsse fassen sollten, als Empfehlung, die unaufschiebbar, zur Abwendung eines Schadens für die Stadt, zur Erfüllung einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung erforderlich sind. Jetzt gehe ich wieder in der Geschichte weiter und gehe in den Juni zu dieser Budgetsitzung, und dann in den Juli, wo der Aufsichtsrat der Holding den Wirtschaftsplan abgelehnt hat und seither drängen wir Neos, dränge ich, darauf, die Holding zu evaluieren, damit das Fischen im Trüben aufhört. Was braucht die Holding einfach noch, was ist wirklich notwendig? Wir brauchen Konsolidierungsmaßnahmen, das haben wir jetzt gerade wieder gehört. Aber warum warten wir schon sechs Monate? Ja, wann wird die Holding der Aufgabenkritik

unterzogen? Wann wird die Holding einmal von externen Profis durchleuchtet, wenn es ein Sanierungsfall ist? Und das vermissen wir und daher fischen wir weiter im Trüben, und ich kann nicht einschätzen, ob diese 40 Millionen jetzt wirklich da ankommen, wo sie sollen, ob sie notwendig sind. Und ich kann nur darauf drängen, bitte gewinnen Sie das Vertrauen von uns zurück, indem Sie sanieren, indem Sie die Holding evaluieren und dann können wir zustimmen. In dieser Form und so, wie es jetzt präsentiert wird, leider nicht (*Appl.*).

***Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Neos) angenommen.***

**Berichterstatter: GR Mag. Dr. Kozina-Voit**

**9.3 Stk. 27) A10/BD-187267/2022/1  
A8-141818/2021-58**

**Straßen- u. Grünraumgestaltung im Zuge  
der Gleissanierung der Linie 7,**

- 1. Projektgenehmigung in der Höhe von  
€ 1,8 Mio. für die Jahre 2023/2024,**
- 2. Kürzung diverser genehmigter ICF  
Projekte in Höhe von € 1,8 Mio.,**
- 3. Budgetvorsorge in Höhe von € 1,7 Mio.  
im ICF 2023**

**GR Mag. Dr. Kozina-Voit:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht bei diesem Stück um die Straßen- und Grünraumgestaltung im Zuge der Gleissanierung der Linie 7. Also wieder ein ganz konkretes Umsetzungsprojekt. Und im dem Kontext möchte ich auch noch einmal an die vorige Diskussion anschließen. Da wurde der Herr Mahrer zitiert, der ja offenbar sehr für dieses Umsetzen ist, als Antwort auf die Klimakrise, wir haben vorher gehört, dass Bildung hier doch wichtiger ist, oder Forschung. Man hört

dann immer wieder von genau der ÖVP und zum Teil auch FPÖ oder (Korruptions-)Freien Gemeinderatsklub, dass das alles nicht so wichtig ist, wenn es um konkrete Klimaschutzmaßnahmen geht, dass man die mit allen Mitteln irgendwie dann versucht einzubremsen. Was wir da heute schon alles gehört haben, dass jetzt das Budget auf der Bildungsseite dann fehlt, oder das letzte Mal war es halt das Bezirksbudget, das dann fehlt, und sowieso gefährden wir da irgendwie die Gesundheit, oder diese, wie Sie sie nennen, Klimakleber gefährden die Gesundheit und gefährden Leib und Leben. Und dann kommt noch das Thema mit der Haftung und so weiter. Also es wird alles, was da jetzt an guten Dingen substantiell weitergeht im Hinblick auf Klimaschutz, im Hinblick auf eine lebenswerte Stadt, versucht einzubremsen. Ich bin gespannt, was diesmal kommt bei diesem Antrag. Und da möchte ich auch noch einmal dazusagen, dass diese Klimakleber, oder wie Sie sie gerade genannt haben, Chaoten, die machen das ja nicht aus Spaß. Warum glauben Sie denn, dass die sich Letzte Generation nennen? Das ist wissenschaftlich sehr klar, warum die zu diesen Schlüssen kommen. Und das ist absolut nachvollziehbar. Man kann über die Methoden diskutieren, inhaltlich haben wir diese Klimakrise und deswegen können wir nicht laufend diese Stücke verschieben, so wie Sie das jedes Mal einfordern. Jetzt zum Inhalt dieses Stücks: Es geht um die Sanierung der Gleise der Linie 7. Das ist ganz wichtig, das ist baulich notwendig, es gibt dort die Wendeschleife Wetzelsdorf, bis hin zur Handelstraße. Das soll im April bis September 2023 passieren. Das ist im Gleisbauprogramm festgelegt, für 2023 ist das beschlossen und das ist auch finanziell bedeckt. Da geht es um die Lageanpassung der Gleise, es geht um den Neubau der Endstation inklusive einem Unterwerk, einem WC für das Personal, eine Neusituierung der Haltestelle, um auch eine Barrierefreiheit dort zu ermöglichen und eine zweigleisige Ausführung, dass da auch dann mehrere Straßenbahnen in dieser Schleife stehen können. Wir müssen da auch in Betracht ziehen, dass ja ab 2025 zwei Linien nach Wetzelsdorf fahren und zwar alle drei bis vier Minuten, die Linien 7 und 17, und auch längere Straßenbahnen dann ja kommen sollen in Zukunft. Das heißt, das ist auch von der Seite her baulich notwendig. Und wenn dort schon hingegriffen wird und wenn dort schon saniert wird, dann sollen wir das auch gescheit machen. Das heißt, wir haben sonst deutliche

Mehrkosten gegenüber dem, wenn das jetzt nicht gleich passiert. Es geht darum, dass dort durchgängige Gehsteige einmal auf beiden Seiten gemacht werden, ein Standard, der in der Stadt eigentlich gegeben sein sollte, der hier noch nicht gegeben ist. Es geht darum, dass für den Radverkehr Mehrzweckstreifen angeboten werden. Es werden auch einige Bestandsbäume leider fallen müssen, weil diese Wendeschleife größer werden muss in Zukunft. Aber dafür kommen 27 neue Bäume in die Burenstraße und es wird teilweise sogar Entsiegelungen geben und neue Grünflächen. Es gibt dann auch in den angrenzenden Gebieten, in der Burgenlandstraße zum Beispiel, vier neue Bäume und Grünflächen. In der Wendeschleife selbst soll der Park saniert werden, sollen neue Parkbänke kommen, es soll ein Trinkbrunnen kommen, es sollen in Zukunft auch eine neue Fahrradstallanlage errichtet werden und ein öffentliches WC. Das wird jetzt noch nicht kommen, aber die Versorgungsleitungen dafür werden bereits gebaut und dann auch noch beim Bezirkssportplatz Schutzengelkirche eine öffentliche WC-Anlage, zwei weitere Bäume und Bänke. Das heißt, insgesamt eine deutliche Aufwertung. Das ganze Gebiet wird deutlich attraktiver, es wird deutlich besser für die Menschen, die dort wohnen. Es wird kühler, es wird angenehmer, es wird auch besser für alle, die zu Fuß und mit dem Fahrrad unterwegs sind. Deswegen darf ich hier im Namen der zuständigen Ausschüsse den folgenden Antrag stellen: Der Gemeinderat wolle beschließen, der Gemeinderat erteilt die Projektgenehmigung in der Höhe von 1,8 Millionen, davon entfallen auf 2023 1,7 und auf 2024 0,1 Millionen. Die Finanzierung erfolgt hier ausschließlich durch Mittelumschichtungen. Das ist dann hier detailliert aufgeführt, von welchen Projekten hier sozusagen umgeschichtet wird. Drittens, der Budgetvorsorge über 1,7 für 2023 wird zugestimmt, auch hier aufgeführt, wie der Finanzhaushalt sich ändert. Und viertens, die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung und Mitwirkung der befassten Magistratsabteilungen mit der Koordination und begleitenden Umsetzung bevollmächtigt. Ich darf um Annahme dieses Antrags bitten. Danke (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

1. Der Gemeinderat erteilt die Projektgenehmigung in Höhe von € 1,8 Mio., davon entfallen auf 2023 € 1,7 Mio. und auf 2024 € 0,1 Mio.

Die Finanzierung von € 1,8Mio. erfolgt durch Mittelumschichtungen. Der DR D.220442 und das HHP 12204420 werden in SAP eingerichtet.

2. Der Kürzung diverser genehmigter ICF-Projekte in Höhe von € 1,8 Mio. wird zugestimmt.

Der Finanzierungshaushalt für 2022 wird dadurch wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2022	EVA 2022
220	612000	1.060000	12203400	Reininghaus	D.220340	-600.000	
220	612000	1.060000	12203260	Alte Poststraße / Kratkystraße Ost	D.220326	-500.000	
220	612000	1.060000	12203580	Reininghaus Baulos 02	D.220358	-110.000	
220	612000	1.060000	12203570	Bertha von Suttner Platz	<del>D.220357</del>	-490.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-1.700.000	

Die entsprechenden Budgetmittel in Höhe von € 0,1Mio. für 2024 werden auf der Kombination Finanzstelle 220 / Fonds 612000 / Finanzposition 1.060000 / Haushaltsprogramm 12203260 „Alte Poststraße/ Kratkystraße Ost“ gekürzt.

3. Der Budgetvorsorge über € 1,7 Mio. für 2023 wird zugestimmt.

Der Finanzierungshaushalt für 2023 wird dadurch wie folgt geändert:

## öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2022

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
220	612000	1.060000	12204420	Straßenraumgestaltung Burenstraße	D.220442	+1.700.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+1.700.000	

Die entsprechenden Budgetmittel in Höhe von € 0,1Mio. für 2024 werden auf der Kombination Finanzstelle 220 / Fonds 612000 / Finanzposition 1.060000 / Haushaltsprogramm 12204420 zur Verfügung gestellt.

4. Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung und Mitwirkung der befassten Magistratsabteilungen mit der Koordination und begleitenden Umsetzung bevollmächtigt.

**GR Dr. Piffl-Percevic:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Vizebürgermeisterin, Kolleg:innen hier und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich kann, lieber Kollege Kozina, einige Aussagen von dir nicht unwidersprochen lassen. Es ist richtig, das habe ich mir sagen lassen, ich bin ja schon einige Jahre auch im Ausschuss, der Kollege Topf von uns auch, und wir beziehen unser bescheidenes, sehr bescheidenes Verkehrs-, ÖV-Wissen und technisches Wissen so gut wie ausschließlich aus den Ausschusssitzungen, wo immer wieder sehr interessante Dinge zu vernehmen sind. Zum Beispiel habe ich mich dann darüber hinaus, also ganz konkret, wenn ich den Herrn Bauer treffe, zuletzt in der Steyrgasse, bei diesem Modellbahnmarkt, dort bei der Remise, da haben wir eine Stunde mit dem Herrn König geredet, aber ich wollte es nur sagen, ich bin interessiert, ich glaube, gelernt zu haben, dass das Vorsortiergeleise heißen soll, wenn ich eine Doppelwendeschleife habe, weil wenn zwei Linien drauffahren und es kommen zwei 5er in Andritz hintereinander und dann kommt der 3er, dann muss einmal nach dem 5er der 3er hinausfahren, also muss der zweite 5er auf einem Nebengeleise warten. Alles soweit ok. Du hast gerade gesagt, in Wetzelsdorf werden demnächst zwei Linien

hinfahren. Ich gehe davon aus, das ist der 7er und der 17er. Dazu brauche ich doch kein zweites Geleis, wenn zwei 17er dort stehen oder zwei 7er, und jetzt ein 7er und ein 17er fahren sollen, dann drücke ich auf einen Schalter vor dem Armaturenbrett, dann wird es vom 7er der 17er und dann fährt der halt durch die Neutorgasse zurück und nicht durch die Herrengasse. Nochmals, ich bin kein Spezialist, aber das, was ich wahrnehmen kann, nehme ich wahr, also das, und du hast das als einzigen Grund für die zwei Geleise genannt, stimmt so nicht. Ein elektrischer Schalter, den jede Straßenbahn, wenn sie aus der Steyrergasse oder aus Eggenberg hinausfährt, kann sagen, ich bin ein 1er oder ein 7er, wo er halt eingesetzt wird. Also das stimmt einfach nicht (*Appl.*).

Denn, was ich damit sagen möchte, ich spiele mich nicht auf zum Spezialisten, aber ich finde es zum Teil unfair, dass wir nicht annähernd die Informationen so aufbereitet bekommen, wie wir sie für unsere Entscheidungen auch hier benötigen. Du hast das gesagt, ich hätte auch gar nichts sagen können, wenn du das nicht auch anführst. Also ich wollte nur sagen, darüber hinaus ist gestern nach der Ausschusssitzung, wo wir, wir haben ja zugestimmt, wir haben zugestimmt, weil, wir glauben ja das, was man uns aufbereitet, im Übrigen ein großes Thema jetzt im Zuge dieser Haftungsdiskussion, wir glauben es, wir haben nicht ein proaktives Misstrauen, aber wir bitten, und das ist jetzt ein Appell nicht an die Beamten, weil jetzt, nochmals, gestern war der Herr Bauer als Beispiel gar nicht im Ausschuss, ich bitte einfach, dich, Judith, dass du auch unser Gesprächs- und Informationsgegenüber im Ausschuss einlädst für solche Fragen. Und da haben wir zum Beispiel auch in dem Zusammenhang darüber gesprochen, weil ich das auch schon vor zwei Jahren gehört habe, seitdem nie mehr was, und gestern auch nicht, dass in der Kurve, normal bleibt ein Straßenbahnzug in einer Wendeschleife stehen, UKH in Eggenberg, da steigen dann die Leute in der Kurve aus, gehen auf dem nächsten Weg ins UKH und kommen wieder einsteigen. Das soll angeblich aus Barrierefreiheitsgründen in Hinkunft nicht mehr möglich sein. Daher, so wurde uns gesagt, kann der Zug, der in dieser Wendeschleife in Wetzelsdorf steht, dort muss er ohne Passagiere hin- und wegfahren, die dürfen erst in einer neu errichteten Haltestelle in der Burenstraße ein- und aussteigen. Also ich schaue mir das jetzt an,

wenn bei den Temperaturen wie jetzt die recht verwöhnten Wetzelsdorfer, es ist dort in Eggenberg, kommen, müssen sie beim Wartehaus bei 0 Grad warten, die geheizte Straßenbahn steht in der Kurve, das wird niemand einsehen. Und jetzt nochmals, wenn es technisch notwendig ist, bitte, dann gebt uns die Argumente, dass wir das auch den Menschen erzählen, warum. Die Antwort darauf war ambivalent, die einen haben gesagt, die Geleise sind so aufgrund der Platzgründe. Das steht außer Streit, dass das sehr beengt ist, sind die Geleise so nahe nebeneinander, dass du gar nicht von der inneren, aus Sicherheitsgründen, aus- oder einsteigen kannst. Ok, der andere hat gesagt, nein, es ist der Radius. Nochmals, wir sind ratlos zurückgelassen worden gestern. Ich behaupte nicht, was jetzt richtig ist, außer das mit dem Schalter, darauf bestehe ich, weil, ob ich ein 7er oder ein 17er bin, da brauche ich kein Vorsortiergeleis. Und jetzt, Entschuldigung, das musste ich sagen, aber das Wichtigste ist, wir diskutieren ja jetzt über Prioritäten. Wir diskutieren jetzt bei den Stücken auch über die Notwendigkeit der Ausgabe. Das haben wir eingemahnt durch die Wortmeldung, sowohl von Herrn Stadtrat Riegler als auch vom Kollegen Pascuttini. Und was steht da drinnen? Es wird seitens der Finanzdirektion ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Nachtragsbudget 2023 und eine darauf aufbauende mittelfristige Finanzplanung dem Gemeinderat erst zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Budgetbeschlüsse sollen daher vorerst nur gefasst werden, sofern sie unaufschiebbar, zur Abwendung eines Schadens für die Stadt oder zur Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung erforderlich sind. Ich bin am Schluss, es ist gestern kein Wort, ich gehe davon aus, nämlich, wir haben 1,7 Millionen beschlossen für die Begrünung und Straßengestaltung, in den Zeitungen war die Jubelmeldung nach dem Ausschuss, 4,8 Millionen sind freigegeben, dass das die Geleissanierung durch die ganze Burenstraße ist, ob das wirklich technisch notwendig und wie notwendig jetzt ist, kein Wort ist uns gegeben worden. Wir sind in Wirklichkeit nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen. Wir haben die Fetzen, aber so ist es. Das war ein Hilferuf, bitte, ich glaube für viele, die hier sind (*Appl.*).

**GR Lenartitsch:**

Werte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Gemeinderäte und -innen, liebe Zuhörer:innen hier und zuhause. Es geht jetzt eigentlich nur Richtung Peter. Wer den Ablauf von einem Dienst bei der Straßenbahn kennt, würde ich jetzt so sagen, ok, das, was vorhin zum Besten gegeben wurde, lässt sich praktisch nicht umsetzen. Ich möchte bitte auch zu bedenken geben, die letzten Endstationen, die umgebaut wurden, sei es die Linie 7 bei der Klinik, sei es die Linie 5 im Puntigam, sei es die Linie 4, 4 ist leider nicht gegangen in Liebenau, aber die sind alle zweigleisig ausgebaut worden. Aus welchem Grund? Nämlich, sollte ich irgendein Problem auch haben, kann ich dort ein Fahrzeug abstellen. Jeder ist glücklich, wenn dann die Straßenbahn trotzdem weiterfährt, weil es einfach weitergeht und nicht einfach wegen einem kaputten Straßenbahnzug, aus welchem Grund auch immer, so quasi die Strecke, wer weiß wie lange blockiert ist. Deshalb geht es auch nicht.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Hopper** unverständlich.*

**GR Lenartitsch:**

Wenn Sie Fragen haben oder wenn du Fragen hast, bitte gerne nachher, technische, aber jetzt derweil nicht, ja? Wenn ein Straßenbahnfahrer, eine Straßenbahnfahrerin in der Früh ihren Dienst antritt, dann hat sie eine Mappe genau mit den Straßenbahnzügen ihrer Linie. Sollte irgendetwas passieren und die müssen springen, dann müssen sie das Fahrzeug wieder neu anmelden, und zwar in dem Fall, was dann die neue Straßenbahn dazu ist, damit einfach alles wieder zeitgleich läuft. Wenn jetzt dann zwei Linien wechseln, bin ich gespannt, wie das in der Leitstelle dann funktioniert, weil dann haut das nämlich überhaupt nicht mehr hin. Deshalb habe ich auch den Beifall von der ÖVP sehr interessant gefunden, die sagen, super, dass das anscheinend doch technisch möglich ist. Ich wage zu bezweifeln, dass es möglich wäre. Ich sage, es geht nicht, weil sonst einfach technisch nicht abhandelbar ist, damit ich

weiß, wo sich welche Straßenbahn befindet. Aber ich lade dich gerne ein, einmal mit in die Steyregasse zu kommen zur Leitstelle und dich dort vielleicht darüber zu informieren, wie es technisch möglich wäre oder eben nicht möglich wäre. Danke.

*Zwischenruf GR Dr. **Piffl-Percevic**: Ich nehme deine Einladung sehr gerne an.*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Ich würde gerne etwas klarstellen, weil du weißt, dass es von uns jederzeit die Gesprächsbereitschaft gibt, dass alle Mitarbeiter:innen in unseren Abteilungen sehr gesprächsbereit sind und immer offen. Wir hatten ein sehr langes Gespräch in Bezug auf den Grundsatzbeschluss, da war eine Extra-Einladung. Also uns vorzuwerfen, wir würden nicht entsprechend irgendwie euch informieren über Beschlüsse, das halte ich wirklich für eine grobe Unterstellung, erstens. Zweitens, warum ist es so dringlich? Die Holding hat den Umbau auch aufgrund von Gleismängeln, aufgrund der wirklichen Notwendigkeit, die Gleise auszutauschen, die Gleisanlage neu zu bauen und damit einhergehend gleich sozusagen diese Umkehrschleife oder die Wendeschleife auch neu zu planen. Das eingetaktet für Anfang 2023. Jetzt hatten wir zwei Möglichkeiten, man kann die Holding lassen einfach umbauen und das passiert, es wird das Gleis ausgetauscht. Das ist eine riesengroße Baustelle, wie man sich vorstellen kann. Und wir machen wieder alles zu und es passiert nichts. Das ist die Alternative eins. Alternative zwei ist, beziehungsweise drei, wir haben sehr viele Alternativen, zum Leidwesen teilweise schon von unseren Abteilungen, nämlich wissend, dass wir kein Budget dafür haben auf- und abdiskutiert und versucht, das Beste rauszuholen aus der Situation, dass da alles aufgegraben wird und neue Gleise verlegt werden. Und was ist das Beste? Natürlich die Sicherheit von zu Fuß Gehenden und Radfahrer:innen und jenen, die sich dort an der Haltestelle, an der Endhaltestelle aufhalten wollen, und Licht. Also haben wir geschaut, dass man zumindest das zur Sicherheit und zum Wohlbefinden, wenn man dort aus- und einsteigt, dass wir das gewährleisten. Das ist

das Mindeste, was wir jetzt anbieten können im Zuge einer ohnehin notwendigen und durchzuführenden Baustelle von der Holding. Also das war die Alternative, deswegen die Dringlichkeit auch, weil gefragt wurde, warum ist das so dringlich, auch vom Stadtratskollegen Riegler. Das ist die Dringlichkeit, die Mängelbehebung, die ohnehin passiert und damit einhergehende Maßnahmen, die zugunsten von allen sind. Insofern lasse ich mir da wirklich nichts vorwerfen in Bezug auf Nicht-Kommunikation, Nicht-Erklärung und vielleicht Nicht-Notwendigkeit. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Danke, dass wir das auch inhaltlich noch diskutiert haben. Ich wollte nur sagen, also ich habe die Infos in dem Fall wirklich auch jetzt aus dem Stück, aus dem Ausschuss, und ja, ich hätte natürlich auch die Möglichkeit gehabt, noch beim Herrn Bauer nachzufragen oder natürlich auch beim Büro, das hat aber jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin. Also ich glaube, dass das da nicht geheim ist und dass wir es gestern ja auch im Ausschuss sehr lange diskutiert haben. Eines möchte ich noch sagen zum Thema Haltestelle, und dass man da jetzt im Freien stehen muss. Die Straßenbahnen werden dort in Zukunft alle drei bis vier Minuten fahren und es ist an jeder normalen Haltestelle so, dass ich halt ein bisschen warten muss. Natürlich wäre es schöner, an der Endstation das zu machen, aber wir haben dort den Platz nicht. Wir müssten Flächen dazukaufen, die wir nicht bekommen. Also ich habe es auch versucht aufzuzeichnen, das wird man jetzt wahrscheinlich nicht sehen so, aber das ist grundsätzlich einfach nicht möglich. Die Straßenbahn ist da immer schief, wenn sie da in dieser Wendeschleife drinnen ist. Das kann man leider nicht verhindern, hätte ich auch lieber anders gehabt, aber ist offenbar eben vom Platz her nicht anders möglich. Das wollte ich noch anmerken und damit zurück ins Studio (*Appl. und Gelächter im Saal*).

***Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und Lohr) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und Lohr) angenommen.***

**Berichterstatter: StR Dr. Riegler**

- |  |  |
|--|--|
| <b>9.4 Stk. 29) A16-051369/2021/0051<br/>A 8 -141818/2021-59</b> | <b>Fördervereinbarung zur mittelfristigen Finanzierung von Kultureinrichtungen für die Jahre 2023-2025, Projektgenehmigung in Höhe von je € 3.890.760, eine Valorisierung in Höhe von 336.551 (8,65 %) für 2023 sowie die Finanzierung der Steirischen Kulturveranstaltungen GmbH in Höhe von Euro 721.000 für das Jahr 2023</b> |
|--|--|

**StR Dr. Riegler:**

Ich glaube, ursprünglich wollte die Frau Braunersreuther das Stück berichten, aber ist mir umso lieber. Es ist mir eine große Freude. Also sehr geehrte Damen und Herren, es ist zwar schon vielleicht ein wenig spät geworden, aber es wird ja in der Kulturnation Österreich immer besonders betont der Wert der Kultur. Daher denke ich, dass wahrscheinlich alle, nachdem wir uns schon stundenlang mit den Dringlichen beschäftigt haben, jetzt voll und ganz begeistert in das Thema der Kulturförderung stürzen werden, denn immerhin geht es hier um nichts weniger als um die zentralen ca. 80 Institutionen, die in Graz gewissermaßen den Inbegriff der kulturellen Vielfalt entfalten. Es geht hier um 25 Institutionen aus dem Bereich Literaturzeitschrift, Medien, viele spartenübergreifend. Es geht um 23 Institutionen aus dem Bereich Theater, Tanz und es geht um rund 26, oder genau 26, Institutionen im Bereich der bildenden Kunst, der ernsten Musik, Pop und Jazz. Sie werden alle mitbekommen haben, ich glaube, ich möchte Ihnen jetzt nicht noch einmal die gesamte Litanei vortragen, dass wir im Frühjahr begonnen haben damit, dass wir seitens des Finanzstadtrates 2 Millionen Euro an Sparbüchern, also an nicht verbrauchten Fördermitteln, für die Freie Szene gekürzt bekommen haben. Anschließend haben wir im Juni im Budgetgemeinderat darüber noch einmal verhandelt, dass wir einerseits, also ich, gerne für die Kulturszene eine angemessene Budgeterhöhung gehabt hätte, die eben mich in die Lage versetzen sollte, eben tatsächlich dann im Jahr 2023 eine entsprechende Inflationsabgeltung vorzusehen einerseits für die mehrjährigen,

andererseits für die einjährigen Förderprojekte. Und weiters habe ich mich damals auch bemüht um einen Budgetposten für 2023 von ungefähr 1 Millionen Euro für das Thema Fair Pay. Das alles wurde mir von der Regierungskoalition abschlägig beschieden. Das heißt, es hat weder eine Inflationsanpassung gegeben des Kulturbudgets. Erstmals nach vielen, vielen Jahren hat es das nicht gegeben. Zweitens hat es eben keine Budgetvorsorge für Fair Pay gegeben, und drittens wurde dann noch zur Verhöhnung in den sozialen Medien ein Gruppenbild von Michi Ehmann, Elke Kahr und Judith Schwentner gepostet, in dem gestanden ist, also was die Opposition immer hat, die haben genügend Spielräume bekommen eingeräumt, um eben entsprechend durch Umschichtungen tätig zu werden. Dass das nicht so ist und dass sich das als falsch herausgestellt hat, war dann schon zum Zeitpunkt der Valorisierung des Bühnenvertrages, da hat man eben errechnen können relativ leicht, dass es 1,7 Millionen Euro gebraucht hat, um eben die Valorisierung der Bühnen, Oper, Schauspielhaus, Next Liberty etc. vorzunehmen. Und würde ich aus diesem Budget, aus diesem für dieses mehrjährige Förderprogramm 1,7 Millionen herausnehmen, das wäre dann ungefähr eine Kürzung um ein Viertel des bestehenden Fördervolumens. Denn worüber wir heute reden im Gemeinderat, was die mittelfristigen Kulturförderungen betrifft, das ist ein Jahresbudget-Volumen, das gar nicht so groß ist, 3.890.000 Euro ca. sind das im Jahr. Und würde ich aus diesen 3.890.000 Euro für die Mehrjährigen 1,7 Millionen für die Bühnen Graz herausumschichten, dann würde eigentlich im Wesentlichen die Hälfte dieses Budgetvolumens, das man hier braucht, weg sein. Also ich habe das damals als Verhöhnung empfunden, dass man dann noch auf Facebook schreibt, ja, mein Gott, der Herr Stadtrat soll sich jetzt nicht so anstellen, dann soll er halt ein bisschen umschichten, dann geht das schon. Gut, wir haben ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Das steht aber nicht im Stück, oder (Appl. und Gelächter im Saal)?*

StR Dr. **Riegler:**

Ja, wie ihr meint, ich versuche halt, darauf Bezug zu nehmen, was ihr so alles Lustiges postet. Jedenfalls, langer Rede kurzer Sinn, wir stehen jetzt an dem Punkt, dass es Ende Dezember ist und dass wir bis jetzt noch keine mehrjährigen Förderverträge beschlossen haben. Ich lege Ihnen heute ein Stück vor mit einer Basisfinanzierung für 2023, 2024, 2025 und mit einem Inflationsausgleich, mit einem Teuerungsausgleich von 8,6 %, wie das die Freie Szene auch gefordert hat. Allerdings wurde in der Zahl 2 des Antragstextes leider Gottes nur eine solche für 2023 vorgesehen. Wir werden einen Zusatzantrag einbringen, den dann der Kollege Piffel-Percevic noch vortragen wird, dass wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass wir es vielleicht doch schaffen, jetzt gleich für die Jahre 2023 bis 2025 der Freien Kulturszene eine entsprechende Inflationsabgeltung zu gewährleisten. Das ist im Wesentlichen schon die ganze Geschichte. Wir hätten also sozusagen mehrere Antragspunkte, der wichtigste ist die Basisfinanzierung. In der Beilage zum Stück finden Sie übrigens auch eine umfassende Evaluierung, die wir im Kulturausschuss vorgetragen bekommen haben von der Firma EDUCULT. Übrigens möchte ich bei dieser Gelegenheit auch dem Kulturamt ganz herzlich danken, dass in der Gestalt von Michi Grossmann, Evelyn Muralter, dem gesamten Team, eben das letzte Jahr damit unter anderem zugebracht hat, diesen umfassenden Evaluierungsprozess durchzuführen. Ich möchte mich bei den Fachbeiräten dafür bedanken, dass sie eben jeden einzelnen Förderfall exakt untersucht haben und entsprechend eine fachliche Beurteilung abgegeben haben, die uns heute in die Lage versetzt, glaube ich, auf Basis eines sehr guten und fairen und transparenten Prozesses, den es seit vielen, vielen Jahren gibt in diesem Haus, dass wir da eben eine vernünftige Basisförderung vorschlagen können. Und ich würde ersuchen darum dringend, dass wir darüber hinaus eben auch eine Inflationsabgeltung von 8,6 % für die Jahre 2023 bis 2025 vorsehen. Der Zusatzantrag wird dann noch extra vom Peter Piffel-Percevic vorgestellt. Ich bitte um Annahmen (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Zur mittelfristigen Sicherung der Planung und Finanzierung von Kultureinrichtungen werden die im Motivenbericht genannten Förderungen beschlossen. Es wird die Projektgenehmigung erteilt und die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung vorgesehen:*

*Finanzmittelbedarf:*

<i>2023</i>	<i>€</i>	<i>3.890.760,-</i>
<i>2024</i>	<i>€</i>	<i>3.890.760,-</i>
<i>2025</i>	<i>€</i>	<i>3.890.760,-</i>

- 2. Eine Valorisierung von 8,65 % den empfohlenen Basisförderung für die Fördervertragspartner:innen 2023 wird beschlossen.*

<i>2023</i>	<i>€</i>	<i>336.551,-</i>
-------------	----------	------------------

*Der Budgetvorsorge über € 336.600/für 2023 wird zugestimmt.*

*Der Finanzierung- und Ergebnishaushalt für 2023 werden dadurch wie folgt geändert:*

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2022

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
300	300000	1.755000		Transfers an Unternehmen	D.300004	+11.100	+11.100
300	300000	1.757000		Transfers an private Org. ohne Erwerbszw.	D.300004	+104.400	+104.400
300	300000	1.751000		Transfers an Länder	D.300004	+2.800	+2.800
300	312000	1.768000		Sonstige Transfers an private Haushalte	D.300004	+500	+500
300	312000	1.757000		Transfers an private Org. ohne Erwerbszw.	D.300004	+52.800	+52.800
300	322000	1.768000		Sonstige Transfers an private Haushalte	D.300004	+1.500	+1.500
300	322000	1.757000		Transfers an private Org. ohne Erwerbszw.	D.300004	+39.500	+39.500
300	324000	1.768000		Sonstige Transfers an private Haushalte	D.300004	+2.200	+2.200
300	324000	1.755000		Transfers an Unternehmen	D.300004	+67.800	+67.800
300	324000	1.757000		Transfers an private Org. ohne Erwerbszw.	D.300004	+5.400	+5.400
300	325000	1.755000		Transfers an Unternehmen	D.300004	+16.400	+16.400
300	330000	1.757000		Transfers an private Org. ohne Erwerbszw.	D.300004	+12.200	+12.200
300	362000	1.757000		Transfers an private Org. ohne Erwerbszw.	D.300004	+900	-900
300	371000	1.757000		Transfers an private Org. ohne Erwerbszw.	D.300004	+19.100	+19.100
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-336.600	-336.600

3. *Der Steirischen Kulturveranstaltungen GmbH wir für 2023 eine Jahresförderung in Höhe von € 721.000 gewährt.*

4. *Die einzelnen Fördervereinbarungen sind durch die Mag. Abt. 16 – Kulturamt und die Mag. Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion mit den Projektträger:innen der im Motivenbericht genannter Kulturvereinigung laut beigelegter Fördervereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, abzuschließen.*

5. *Geplant ist, die Fördervereinbarungen am Ende des Jahres 2024, nach Bewertung der Einreichunterlagen für 2026 in den Fachbeiratsgremien, nochmals dem Gemeinderat zur Beschlussfassung für eine Verlängerung im Jahr 2026 vorzulegen, um die Planungssicherheit über das voraussichtliche Budgetprovisorium 2026 hinweg, für das Jahr 2026, zu gewährleisten.*
  
6. *Die Auszahlung erfolgt zu den im Vertrag genannten Terminen. Bei Festivals können die Auszahlungstermine abweichend bzw. vor dem Veranstaltungsbeginn erfolgen.*

**KO GR Dreisiebner: (zur Geschäftsordnung)**

Lieber Stadtrat Günter Rieger. Du weißt, ich schätze dich sehr als Person, als politischen Mensch und als Kulturstadtrat, der du ja bist. Aus guten Gründen wird die Berichterstattung eines Stücks normalerweise, und sollte normalerweise so gehalten sein, dass sich jene Gemeinderatsmitglieder, aber auch die zusehenden und zuhörenden Personen hier vor Ort und außerhalb, sprich an den Endgeräten, im Livestream, auskennen, um was es in dem Stück geht. Du hättest das, was du politisch gesagt hast, im Großteil deines sogenannten Berichtes ja gerne in einer zweiten Wortmeldung deklarieren können oder aber die Berichterstattung einem anderen überlassen können. Vielleicht machen wir das in Zukunft nämlich so, weil ich glaube, es kennt sich jetzt niemand aus, um was es wirklich geht in dem Stück. Es ist eine Vermischung zwischen deinen politischen Thesen und Sätzen, die ja auch in den Medien schon zu lesen waren und hier vor Ort schon gesagt worden sind. Das ist alles ok, aber der Bericht zu diesem Stück wäre etwas anderes gewesen. Und das hast du hier nicht gemacht heute. Und es tut mir für alle, die hier zugehört haben und zuhören oder hier anwesend sind und abstimmen werden, leid. Dankeschön (*Appl.*).

GR Dr. **Piffl-Percevic:**

Frau Bürgermeisterin, ich wiederhole meine Begrüßung aus ökonomischen Gründen nicht. Eben schon gefürchtet, das war etwas spontan, dass du die Legitimation abgesprochen hättest für die Berichterstattung durch Herrn Stadtrat Riegler. Du hast das nicht gemacht, das ist mein Vorverdacht, denn die eine Voraussetzung für die Berichterstattungsfähigkeit ist, es kann nur jemand Bericht erstatten, und insofern möchte ich ansprechen, wenn jemand Bericht erstattet, das kann nur jemand machen, der dem Stück auch seine Zustimmung gibt. Und alleine die Tatsache, dass er berichtet, für den Insider, Entschuldigung, aber das ist jetzt vielleicht ein bisschen spitzfindig. Aber falls dann noch eine Unklarheit wäre, wir stimmen dem Stück vollinhaltlich zu. Weil wir alles, was an Unsicherheiten bestünde für die künstlerisch Schaffenden in unserer Stadt, natürlich so weit als möglich wegnehmen möchten, nämlich diese Unsicherheit wollen wir wegnehmen. Ich bin schon gleich bei meinem Zusatzantrag. Selbstverständlich haben wir seit 1995 in lückenloser Abfolge, vielleicht einmal ein paar Monate später oder früher, diese mehrjährigen Verträge, zuerst miteinander, vielleicht auch gegeneinander, erkämpft. Aber seit 1995 zweifelt niemand mehr, dass das unverzichtbar, notwendig ist und auch der Würde dieser künstlerisch schaffenden Menschen gegenüber geschuldet ist. Es ist eine Daseinsvorsorge in doppelter Richtung, für die Künstler, die ja vielfach davon leben und immer wieder am Sprung zu prekären Verhältnissen sind, auch die Mitarbeiter in den Projekten. Das ist das eine Argument. Aber janusköpfig, auch für die Gesellschaft, sind Kunst und Kultur ein Teil der Daseinsvorsorge. Aber ich glaube, ich brauche da jetzt keinen philosophischen Diskurs. Ich wollte nur sagen, dass wir, gerade weil wir das als selbstverständlich annehmen diesen Standard, es äußerst befremdlich befinden, dass angesichts dieser vergleichsweise geringen Beträge, um die es jetzt geht für ein Jahr, Manfred, aus Verstärkungsmitteln siehst du diese Valorisierung vor, 350.000. Hier diskutieren wir um Summen und das ist schon im Zusammenhang mit den anderen Projekten auch zu sehen, denn wir sind aufgerufen und haben uns auch entschieden, dass wir Prioritäten setzen, dass wir auch die zeitliche Priorität, die Notwendigkeit unter Umständen dann aus der schließen, jetzt vielleicht nicht, vielleicht ein paar Monate später, dann haben

wir einen Spielraum für soziale Bereiche und Daseinsvorsorgebereiche. Und aus diesem Grund stellen wir den

**Zusatzantrag:**

Es möge jetzt auch bereits für die Jahre 2024 und 2025 aus Verstärkungsmitteln den Künstlerinnen und Künstlern diese Sicherheit gegeben werden. Wenn die die Debatten über die Millionen, die wir haben oder nicht haben, hören würden, dann müsste es uns die Röte ins Gesicht treiben (*Appl.*).

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Seit dem Jahr 1995 hat der Gemeinderat von der Möglichkeit des § 8 Abs. 1 der Förderungsrichtlinie (die geltende Fassung ist jene vom 11. April 2019) Gebrauch gemacht und Kultureinrichtungen aufgrund von Empfehlungen des Fachbeirates in Förderungsverträgen für eine Dauer von bis zu drei Jahren Förderungen zugesichert, um diesen für ein eigenständiges Kulturleben in unserer Stadt unverzichtbaren Einrichtungen eine entsprechende Planungssicherheit zu geben und sie nicht von Jahr zu Jahr einer ungewissen Zukunft auszusetzen. Es hat sich erwiesen, dass nur auf diese Weise das Kunst- und Kulturleben auf einem entsprechenden Niveau nachhaltig gesichert werden kann und auch Projekte, die – selbstverständlich nach einer entsprechenden positiven Evaluierung durch den Fachbeirat - in aller Regel über mehrere Jahre laufen und entsprechend konzipiert sind, auch durchführbar zu machen.*

*Durch die besonderen Umstände insbesondere durch die allerdings bereits bei Budgeterstellung durchaus feststellbare hohe Inflationsrate, auf die bei der Budgetierung nicht annähernd Rücksicht genommen wurde, ist nunmehr die Situation eingetreten, dass aus dem ordentlichen Haushalt die Bedeckung der für dreijährige Förderungsverträge erforderlichen Mittel nicht gegeben ist. Es ist daher im vorliegenden Beschlussantrag vorgesehen, den erforderlichen Fehlbetrag für die*

*inflationsbedingt notwendige Förderungserhöhung für das Jahr 2023 in Höhe von 336.551, das entspricht einer Valorisierung von 8,65 % – aus Verstärkungsmitteln des Finanzressorts zu bedecken. Das bedeutet aber, dass eine vertraglich zugestandene Valorisierung für die eingereichten und evaluierten Projekte für die Jahre 2024 und 2025 nicht erfolgt, sondern die Finanzierungszusage nur einen völlig unvalorisierten Basisbetrag betrifft und daher von der seit 1994 etablierten Praxis aufgrund einer nicht annähernd mit der gebotenen Sorgfalt vorgenommenen Budgetierung dieses Bereichs im Kulturbudget der Stadt in verantwortungsloser Weise abgegangen wird. Eine derartige Fehleinschätzung bei der Budgeterstellung auf dem Rücken unserer Künstlerinnen und Künstler und aller Personen, die in diesen Projekten beschäftigt sind, und deren Angehörigen auszutragen, bedeutet nicht nur einen verantwortungslosen Rückschritt um über 25 Jahre, sondern auch eine abzulehnende mangelnde Wertschätzung von Kunst und Kultur und insbesondere auch eine abzulehnende menschliche Geringschätzung. Die bisher immer wieder in entsprechend valorisierter Höhe erfolgte mehrjährige Absicherung stellt eine Errungenschaft für die Daseinsvorsorge aller künstlerisch bzw. im Kulturbetrieb tätigen Personen dar, die man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen darf und daher insbesondere auch aus sozialen Gesichtspunkten entschieden abzulehnen ist.*

*Es wird daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs der*

**Zusatzantrag:**

*gestellt, der Gemeinderat möge beschließen:*

*Der Finanzreferent Stadtrat Manfred Eber wird aufgefordert, aufgrund der gebotenen Sicherstellung einer angemessenen Daseinsvorsorge, d.h. auch aufgrund des gegebenen sozialen Aspektes, aber auch im Interesse der notwendigen gesicherten Weiterführung des künstlerisch kulturellen Lebens in unserer Stadt Verstärkungsmittel für die Jahre 2024 und 2025 im Ausmaß der für das Jahr 2023 erfolgten Valorisierung*

*zur Verfügung zu stellen, damit die Förderungsverträge auch für diese beiden Jahre in derselben Höhe wie für 2023 abgeschlossen werden können.*

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Damen und Herren hier im Raum und hoffentlich noch im Livestream. Vielleicht um klarzustellen, worüber wir hier in diesem Stück reden. Wir reden über die Fördervereinbarung zur mittelfristigen Finanzierung der Kultureinrichtungen für 2023 bis 2025, plus eine Valorisierung für 2023 und die Finanzierung der steirischen Kulturveranstaltungen in Höhe von 721.000 Euro, das heißt, über drei Finanzposten. Reden wir einmal nur über 2023, reden wir über Zahlen, wir haben sehr viel über Zahlen schon gehört, reden wir über Zahlen. Das heißt, um die Zahl auch vergleichen zu können, habe ich mir die mehrjährigen Förderungen von 2019 bis 2021 einmal angeschaut. Dort wurde vereinbart beziehungsweise beschlossen, dass drei Mal, 2019, 2020, 2021, jeweils 4.139.900 Euro gewährt werden, fixe Beträge. In diesen Beträgen, also pro Jahr 4.139.900, in diesem Betrag ist inkludiert die Förderung für die Finanzierung der Steirischen Kulturveranstaltungen GmbH von 700.000 Euro. Das heißt, wenn man das abzieht, bleibt dann übrig 3.439.900, bitte diesen Betrag sich zu merken. Das ist so quasi die „Basisfinanzierung.“ Wir haben jetzt eine Basisfinanzierung von 3.890.076 Euro beschlossen. Das ist mehr. Wie viel ist das mehr? Das sind 450.860 Euro mehr Basisfinanzierung. Ich habe mich ein bisschen mit Prozentrechnung gespielt, plus/minus Null-Komma-irgendwas-Prozent, komme ich drauf, ist es mehr. Wenn wir jetzt aber die Valorisierung dazurechnen, 336.551 Euro zusätzlich, dann kommen wir auf einen Betrag von 4.227.311 Euro. Könnt ihr mir noch folgen? Das heißt, verglichen mit den 3.439.900 als Basis von 2019 bis 2021 und den 4.227.311 Euro für 2023, haben wir eine Differenz von 787.411 Euro. Das sind ungefähr 22 % mehr (*Appl.*).

Und ich kann da beim besten Willen nicht von Verminderung oder Rückschritt reden. 22 % muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, und davon zu reden, dass wir die Kultureinrichtungen nicht wertschätzen würden, der Herr Kollege Perčević

redet von menschlicher, nicht menschlicher Wertschätzung, das möchte ich vehement ablehnen, weil die City Kultureinrichtungen schätzen wir alle. Und wir können das jetzt auch in Zahlen gegossen zeigen, wie sehr wir die Kultureinrichtungen schätzen. Und damit es auch in Zukunft keine Unklarheiten darüber gibt, möchte ich auch heute im Namen von den Grünen, der KPÖ und dem SPÖ Gemeinderatsklub den

### **Zusatzantrag**

stellen, dass wir den Punkt 2 des Antrages folgendermaßen ergänzen wollen: Der Gesamtbeitrag, der sich aus der Basisförderung 2023 sowie der Valorisierung für das Jahr 2023 von 8,65 %, also wir reden hier von 4.227.311 Euro, wohlgemerkt schon ein 18-prozentige Erhöhung, als Grundlage für die Verhandlungen der Valorisierung für 2024 und 2025 heranziehen wollen. Danke (*Appl.*).

#### ***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Der Gemeinderat möge folgenden*

### **Zusatzantrag**

*zum Gemeinderatsstück „Fördervereinbarung zur mittelfristigen Finanzierung von Kultureinrichtungen für die Jahre 2023-2025“ beschließen:*

*Punkt 2 des Antrags wird folgendermaßen ergänzt:*

*Der Gesamtbetrag, der sich aus Basisförderung 2023 sowie der Valorisierung für das Jahr 2023 (8,65 %) zusammensetzt, wird als Grundlage für die Verhandlungen der Valorisierungen für 2024 und 2025 herangezogen.*

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Zuhörer:innen. Ich glaube oder ich weiß, dass es einige sind, denn die Kulturszene wartet ja auf dieses Stück. Umso trauriger war ich eben, dass es keine Präsentation des Stückes eigentlich gab, denn die Inhalte, die hätten die Menschen interessiert, und danke, Zeynep, dass du das dann nachgeholt hast, das war nämlich eigentlich auch mein Ansinnen, obwohl ich mir dann natürlich meine Redezeit nehme. Wir reden über die mehrjährigen Kulturförderverträge, die dieses Mal im Dezember beschlossen werden, so wie sie auch in den Jahren vorher immer im Dezember beschlossen wurden. Und wir reden von Förderverträgen, für die 2021 angesucht werden konnte, in einem Jahr, in dem natürlich noch nicht ersichtlich war, wie hoch die Inflationsrate sein wird. Und dem begegnen wir jetzt auch mit einer Valorisierung dieser mehrjährigen Verträge um 8,65 %, um eben diese Inflationsrate auszugleichen. Es war einfach zum Zeitpunkt 2021 noch nicht seriös zu prognostizieren, wie die Teuerung aussehen wird, und es ist auch jetzt nicht seriös zu prognostizieren. Wir haben heute schon einmal darüber gesprochen, wir, beziehungsweise der Finanzstadtrat, hat sich ja nicht an irgendwelche Zahlen gehalten, sondern das waren die offiziellen Zahlen, die offiziellen Wirtschaftsstatistiken, die eine andere Prognose vorhergesagt haben, als sie eingetroffen ist. Wir können jetzt auch nicht seriös prognostizieren, wie die Teuerung für die Jahre 2024 und 2025 sich entwickeln wird. Und deswegen, Zeynep wird das mit ihrem Zusatzantrag zum Ausdruck bringen, wir werden deswegen die jetzt zugesagte Valorisierung auch als Grundlage dafür hernehmen für die Diskussionen, damit wir die Förderungen für eine Szene, die völlig prekär unterwegs ist, und das wissen wir aus dem angehängten Bericht, dieses Wort ist mehrmals gefallen und das zu Recht, die Einkommensverhältnisse im Kulturbereich sind prekär. Wir müssen schauen, dass wir da die Förderungen so gut wie möglich anpassen und wir werden diese 8,65 % als Grundlage hernehmen, und wenn nötig und wenn möglich, nach Konsolidierung des Budgets, das wird sich zeigen, aber für dieses Budget sind halt nicht wir oder die Vorgängerregierungen verantwortlich, dass wir jetzt nicht die Freiheiten haben, die wir gerne hätten, werden wir reagieren und dann nach Möglichkeit erhöhen. Und ich habe

es schon mit vielen Leuten, nachdem ich ja selbst Kulturarbeiterin war und bin, kenne ich viele Leute und habe mit vielen gesprochen und mir haben diese Menschen auch alle immer geglaubt, dass wir diese Erhöhung vornehmen werden, dass wir hier nach bestem Wissen und Gewissen handeln und dass wir keine Unwahrheiten verbreiten. Warum haben Sie das geglaubt, auch ohne dass wir das schriftlich festgehalten haben? Weil wir im Gegensatz zu anderen noch nie Versprechen gemacht haben, die wir nicht halten konnten. Ich erinnere hier an das Versprechen aus dem Land von dem jetzigen Landeshauptmann und früheren Kulturlandesrat, der von der Kultur jetzt stark kritisiert wird dafür, dass er als Landesrat Versprechen gemacht hat, die er jetzt als Landeshauptmann droht, nicht einhalten zu können oder zu wollen. Ich will ihm nichts unterstellen. Also wir werden die Erhöhungen vornehmen und wir werden dann, wenn es dieses Fair-Pay-Konzept gibt, auf das wir noch warten, auch fair-pay-finanzieren. Auch das haben wir versprochen, wenn es budgetär möglich ist, und dazu stehen wir auch. Nicht zuletzt deshalb, weil ich die Erste war, die hier im Gemeinderat das Wort Fair Pay in den Mund genommen hat, und damals wurde ich von der Partei, die den Kulturstadtrat jetzt stellt, ausgelacht dafür, solche Vorstellungen überhaupt zu haben, wie man das nur andenken kann, die Leute höher zu bezahlen in einem Betrieb, wo das ja noch nie möglich war und wo man das für unmöglich hält. Heute wirbt der Kulturstadtrat damit, dass er Fair Pay durchsetzen will, und ich bin froh darüber, ich will Sie darin nicht kritisieren, denn ich bin nur froh und ich freue mich, denn das ist das Nötigste, was im Kulturbereich passieren muss, denn am meisten leiden nämlich im Kulturbereich die Kulturarbeiter:innen, die nämlich für das verantwortlich sind, wofür wir als Stadt im Gesamten so profitieren, nämlich, dass es diese Kultur, diese Szene, diesen Ruf gibt. Ja, ich bitte um ein bisschen mehr Zusatzredezeit, weil ich musste ja quasi noch das Stück erklären (*Appl.*).

Also mehr will ich auch gar nicht dazu sagen. Eigentlich bin ich jetzt wirklich am Ende. Wir werden zu unseren Versprechen stehen und wir erkennen das Prekariat der Kulturszene an und auch die Notwendigkeit, hier mit Förderungen geradezustehen und für Sicherheiten zu sorgen, und wir hoffen selbst, dass wir das in den nächsten Jahren früher angehen können. Danke (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Also man möge mir verzeihen, Karl. Ich bin ja durchaus kritikfähig und daher auch bereit zu reflektieren, denn man mag mir durchaus verzeihen, dass ich das Stück vielleicht jetzt nicht in voller epischer Länge berichtet habe. Wobei ich eben dazu vielleicht als Entschuldigung sagen möchte, dass am Stück auch als Berichterstatteerin die Christine Braunersreuther vorgesehen war und wir auch im Kulturausschuss vorgestern ausgemacht haben, dass Sie, Frau Braunersreuther, das Stück vorstellen und ich nur kommentiere. Es tut mir leid, also die Berichterstattung wäre eigentlich Ihr Job gewesen, dann hätten Sie auch die zehn Minuten Zeit gehabt.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Da muss ich aber berichten ...

StR Dr. **Riegler**:

Es steht hier drauf (*zeigt Bgm.<sup>in</sup> Kahr den Bericht an den Gemeinderat*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Dann muss man das doch einmal die Schriftleitung weiterleiten, das ist vorher besprochen worden, und ich habe hier vorliegen: Stadtrat Riegler.

StR Dr. **Riegler**:

Naja, ist aber falsch.

*Zwischenruf KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Braunersreuther: Frau Bürgermeisterin, im Finanzausschuss ist beschlossen worden, dass das der Herr Hackenberger macht,*

*deshalb ist auch der Herr Hackenberger als Berichterstatter eingetragen. Ich hätte es aber gerne gemacht.*

StR Dr. **Riegler**:

Wie auch immer, es geht uns ja allen um die gute Sache. Und ich gebe zu, ja, es mag sein, dass da vielleicht ein bisschen Emotionen drinnen sind, denn ich habe seit 2017 die Freude und Ehre, Kulturreferent in dieser Stadt sein zu dürfen. Und es hat in meinen Jahren, das sind mittlerweile mehr als fünf, jedes Jahr eine 3-prozentige Erhöhung des Kulturbudgets gegeben. Das konnte ich damals, Gott sei Dank, in der vorigen Koalition durchsetzen, anders als jetzt. Die Erhöhung volumenmäßig von 2022 auf 2023 beträgt gerade einmal 1 %, und das in einer Zeit, in der die Inflationsrate zwischen 8 und 10 % liegt. Das ist nun mal so, das kann man nicht wegdiskutieren. Frau Zeynep Romaner, wenn Sie jetzt behaupten, wir hätten eine 22-prozentige Steigerung, das ist sehr schön, das wird die Kulturschaffenden freuen, es stimmt halt nur leider nicht. Denn, was Sie jetzt bei dieser Vorrechnung, die ich gar nicht ganz genau nachvollziehen kann, der Fehler, den Sie dabei machen ist, dass es ein unterschiedliches Mengengerüst gibt. Es sind ja nicht immer gleich viele Kulturinstitutionen in den mehrjährigen Förderverträgen dabei, und wenn ich jetzt natürlich zum Beispiel im 2022er Jahr Elevate nicht dabei hatte und jetzt in 2023 bis 2025 im Mehrjahresvertrag Elevate schon drinnen ist, dann ergibt sich schon daraus eine Erhöhung, das ist aber eine reine Mengengerüsterhöhung, das ist aber keine betragliche Erhöhung. Tatsächlich ist es so, dass wir ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> **Kahr** unverständlich.*

StR Dr. **Riegler**:

Darf ich kurz fertigreden?

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr unverständlich.*

StR Dr. **Riegler:**

Nein, es stimmt aber nicht. Also, wie auch immer, es ist so, dass ich bedauerlicherweise sagen muss, dass es eben diese Erhöhungen nur in einem sehr eingeschränkten Rahmen gibt. Im Übrigen, was die Unwahrheiten betrifft, die die Frau Braunersreuther benennt, Sie haben im November im Kulturausschuss noch behauptet, wir würden aus der Bundesmilliarde zusätzliche Mittel bekommen. Was ist mit dieser Versprechung geworden? Warum scheitert jetzt eine 8,65-prozentige Inflationsabgeltung für die Kulturschaffenden daran, dass sie 330.000 Euro nicht freimachen wollen? Also ich verstehe es wirklich nicht, weil immerhin haben wir im November noch im Kulturausschuss gehört, Sie werden die Bundesmilliarde anzapfen. Also, ich bitte noch einmal um Zustimmung zu dem Zusatzantrag. Ich glaube, dass wir eine sehr lebendige, sehr gut funktionierende Kulturszene haben. Wir hatten in der Vergangenheit auch noch das Kulturjahr, das waren in fünf Jahren dividiert durch fünf 5 Millionen Euro pro Jahr, 1 Million zusätzlich für die Freie Szene. Das war eigentlich eine sehr positive Phase und schauen wir, dass wir diese positive Phase für die Kulturszene fortsetzen, indem wir eben tatsächlich zumindest einmal jetzt die dringend notwendige 8,65-prozentige Inflationsabgeltung durchbringen, und wenn das Fair-Pay-Konzept dann im Frühjahr fertig ist, dann werden wir ja dann hoffentlich noch zusätzliche Mittel haben. Wobei, wenn wir dem Herrn Finanzdirektor und dem Herrn Finanzstadtrat zuhören und ich höre, dass wir eigentlich keine Budgetspielräume haben, dann fehlt mir, ehrlich gesagt, die Vorstellung, wie wir das dann schaffen sollen, dass wir dann für 2024 und 2025, ausgehend von heute, eigentlich eine 10-, 12-, 13-prozentige Erhöhung brauchen würden, damit wir sowohl die Inflation der 8,65 als auch dann die Inflation auf 2024 und 2025 abdecken und die Fair-Pay-Abdeckung. Also mir fehlt hier ein bisschen der Glaube, deswegen ist mir ehrlich gesagt wohler dabei, wenn wir heute bereits klar Schiff machen und einmal eine Sicherheit für die Jahre

2023 bis 2025 schaffen. Ich hoffe, Sie stimmen dem zu, wenn nicht, kann man nichts machen (*Appl.*).

***Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Lohr) abgelehnt.***

***Der Zusatzantrag (ÖVP) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) abgelehnt.***

***Der Zusatzantrag (Grüne) wurde mit Mehrheit (gegen KFG, Neos und Lohr) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Lohr) angenommen.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 30, Berichterstatte<sup>r</sup>in ist, da stehen jetzt wieder zwei, einmal Stadtrat Riegler und einmal Frau Klubobfrau Braunersreuther. Ihr seid eigentlich eh schon ein gutes Duo, aber wer entscheidet sich (*Gelächter im Saal*)?

***Zwischenruf GR Dr. Piffel-Percevic: Das Spiel geht in die Verlängerung.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Bitte, liebe Frau Klubobfrau Braunersreuther. Dann hören wir wenigstens einen Bericht.

**Berichterstatterin: KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Braunersreuther**

**9.5 Stk. 30) A16-063289/2004/0269  
A8-141818/2021/61**

**Ludwig Boltzmann Gesellschaft,  
Institut Kriegsforschung (BIK),  
Fördervereinbarung für die Jahre  
2023 – 2025 in Höhe von 35.000 Euro p.a.,  
Projektgenehmigung über 105.000 Euro**

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Ja, dann mache ich das und ich berichte tatsächlich das Stück. Das mache ich auch mit Freude. Es geht nämlich darum, dass wir die Förderung für die Ludwig Boltzmann Gesellschaft beschließen, ganz ausgeschrieben, die heißt Ludwig Boltzmann Gesellschaft zur Kriegsfolgenforschung, wobei dieser Begriff Kriegsfolgen sehr breit gefasst und sowohl die staatlichen, gesellschaftlichen und/oder ökonomischen als auch die sozialen, humanitären und kulturellen Folgen umfasst. Wir kennen, glaube ich, alle das Boltzmann Institut und schätzen es auch, nicht nur weil die Leiterin Barbara Stelzl-Marx die Wissenschaftlerin des Jahres geworden ist, und auch nicht nur, weil wir als Stadt Graz selbst Mitglied im Board der Boltzmann Gesellschaft sind mit dem Kultur Stadtrat Riegler, aber auch mit dem ausgelagerten Haus Graz Museum beziehungsweise Stadtarchiv, Herr Wolfram Dornik, dessen Leiter ist auch in dem Board, sondern weil uns die Boltzmann Gesellschaft immer sehr gut mit Informationen versorgt hat. Nicht zuletzt bei der Beforschung der Straßennamen, zu denen es ja heute schon zwei Stücke gab, die Umbenennungen fußen ja auf den Forschungsergebnissen oder auch die Ergebnisse zum Lager Liebenau, die für die Grazer Stadtgeschichte und die Sicht auf die Stadt, die Geschichte der Stadt Graz in der NS-Zeit sehr bedeutsam sind und wo auch natürlich weiter geforscht wird. Die Stadt Graz unterstützt die Boltzmann Gesellschaft mit einer Förderung in Höhe von 35.000 Euro, die werden aus dem Budget des Kulturamtes bedeckt. Ich bitte um Annahme dieses Stücks.

**Originaltext des Antrages:**

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1) Zur mittelfristigen Planung und Finanzierung des Ludwig Boltzmann Institutes für Kriegsfolgenforschung wird in den Budgets 2023 – 2025 jeweils eine Förderung in Höhe von EUR 35.000 genehmigt.*
- 2) Für die haushaltsmäßige Vorsorge in den Jahren 2023 bis 2025 mit einem jährlichen Finanzmittelbedarf in Höhe von EUR 35.000 wird die entsprechende Projektgenehmigung erteilt. Die Förderung kann aus dem beschlossenen Budget 2023 des Kulturamtes bzw. den Budgetvorsorgen für das Kulturamt für 2024 und 2025 abgedeckt werden.*
- 3) Die Bedeckung der Förderung 2023 – 2025 erfolgt aus dem Fonds 289000, Sachkonto 1.757000.*
- 4) Die Fördervereinbarung ist durch die Mag. Abt. 16 – Kulturamt und die Mag. Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion mit der Ludwig Boltzmann Gesellschaft laut beiliegendem Vertrag, der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, abzuschließen.*
- 5) Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Hälfte am 23.2. und 23.8.*

**Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Lohr) abgelehnt.**

**Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Lohr) angenommen.**

**Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger**

- 9.6 Stk. 31) A16-033356/2005/0437      A) Abschluss eines Finanzierungsvertrages  
A8-19542/2006-183                              und Projektgenehmigung für die Jahre  
A8-141818/2021-60                              2023 – 2027 in Höhe von 1.100.000  
Euro p.a.,  
B) Stimmrechtsermächtigung für den  
Vertreter der Stadt Graz  
gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz 1967;  
Umlaufbeschluss**

**GR Dr. Hackenberger:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Zuschauer. Bei dem gegenständlichen Antrag geht es um die Förderung, also einen Finanzierungsvertrag mit dem steirischen Herbst. Im Hintergrund steht eine Finanzierungsvereinbarung, die nicht nur die Stadt Graz, sondern auch das Land Steiermark einschließt. Und zwar sollen die Stadt Graz und das Land Steiermark insgesamt 3,3 Millionen Euro an jährlichem Gesellschafterzuschuss bezahlen, damit die steirischer Herbst GmbH ihre Verpflichtungen erfüllen kann. Und in dem Förderungsvertrag ist auch eine Verpflichtung dahingehend enthalten, dass sich die Gesellschaft verpflichtet, an 30 Tagen pro Festivalzeitraum zu einem Mietsatz von knapp 7.000 Euro netto die Helmut-List-Halle zu mieten. Es handelt sich dabei um die Bezuschussung im Zeitraum 2023 bis inklusive 2027, und ist der Zuschuss als All-Inclusive-Betrag in Höhe von 1,1 Millionen gedacht, zusätzlich zur Grundsubvention von einer 30.700 Euro werden die Mehrkosten von 69.300 Euro eingestellt. Wir haben nicht die Bezuschussung allein, sondern vor allem auch die Stimmrechtsermächtigung für den Herrn Stadtrat Riegler als zuständiges Organ zu beschließen, dass er die Unterfertigung des Umlaufbeschlusses in der Gesellschaft vornehmen kann. Es wird daher der Antrag gestellt, den Abschluss des Finanzierungsvertrages, abzuschließen zwischen dem Land Steiermark, der Stadt Graz und der steirischen Herbst festival GmbH, zu genehmigen und die entsprechende Projektgenehmigung zu erteilen. Für die Jahre 2023 bis inklusive 2027 wird ein Betrag in Höhe von 1,1 Millionen Euro jeweils in die jährlichen

Budgets eingestellt. Und zum Zweiten, dem Vertreter der Stadt Graz in der GmbH, Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler, die Ermächtigung zur Unterfertigung eines entsprechenden Umlaufbeschlusses zu erteilen, in dem die Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg erteilt wird und die Zustimmung zum Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2023 bis 2027 vorbehaltlich einer gleichlautenden Beschlussfassung des Landes Steiermark mit einem jährlichen Gesellschafterzuschuss der Stadt in Höhe von 1,1 Millionen. Es ist also so, dass das Miteinander junktiniert ist; nur dann, wenn das Land Steiermark mitzieht, ist auch die Stadt Graz in der Verpflichtung. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*A) Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil bildenden*

*Finanzierungsvertrages, abzuschließen zwischen dem Land Steiermark, der Stadt Graz und der steirischer herbst festival gmbh, wird genehmigt und die entsprechende Projektgenehmigung erteilt. Für die Jahre 2023 bis inklusive 2027 wird ein Betrag in Höhe von 1.100.000 Euro auf Fonds 325200, Fipos.1.781000 in die jährlichen Budgets eingestellt.*

*Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt für 2023 werden dadurch wie folgt geändert:*

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
300	325200	1.781000		Transf. Bet.Gemeinde	D.300011	+100.000	+100.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-100.000	-100.000

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2022

*Die erforderlichen Mittel 2024 bis 2027 werden in die im März 2023 zu beschließenden Mittelfristvorgaben des Kulturamtes aufgenommen.*

*B) Dem Vertreter der Stadt Graz in der steirischer herbst festival Gmbh, Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird gem. § 87 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 idF LGBl 118/2021 die Ermächtigung zur Unterfertigung eines Umlaufbeschlusses mit folgenden Beschlusspunkten erteilt:*

- 1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufweg gem. § 34 GmbHG*
- 2. Zustimmung zum Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2023 bis 2027, vorbehaltlich einer gleichlautenden Beschlussfassung des Landes Steiermark mit einem jährlichen Gesellschafterzuschuss der Stadt in Höhe von € 1.100.000 (in Worten: einmillioneinhunderttausend).*

***Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Lohr) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Lohr) angenommen.***

**Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger**

**9.7 Stk. 33) A16-065914/2004/0242  
A8-030034/2006-89  
A8-141818/2021-64**

**Abschluss einer Fördervereinbarung zur mittelfristigen Finanzierung der Steirischen Kulturveranstaltungen GmbH für die HLH-Tage und Projektgenehmigung für die Jahre 2023-2027  
(138.600 Euro p.a. in Summe 693.000 Euro)**

**GR Dr. Hackenberger:**

Das ist quasi das parallele Stück betreffend die Styriarte. Da geht es um einen Betrag von 138.600 pro Jahr und darum, die Styriarte darin zu unterstützen, dass sie die 60

Miettage, die gemeinsam vom Land Steiermark und der Stadt Graz gegenüber der Helmut List Hallen GesmbH zugesagt wurden, finanzieren. Nachdem der Vertrag über die garantierte Mietzusage seitens Land Steiermark und Stadt Graz für 100 Tage einstimmig beschlossen wurde, ist es jedenfalls notwendig, dass man der Styriarte die Mittel zur Verfügung stellt, damit die Stadt Graz die Verpflichtungen aus der Vereinbarung mit der HLH GmbH überhaupt einhalten kann. Stelle daher namens des Ausschusses, dort bin ich nicht Mitglied, Herr Stadtrat, was machen wir da (*lacht*)?

*Zwischenruf StR Dr. Riegler unverständlich.*

GR Dr. **Hackenberger**:

Darf ich an Ihrer Stelle? Danke. Ich darf den Antrag stellen für den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft, dass der Gemeinderat beschließen wolle, dass die Stadt Graz der Steirischen Kulturveranstaltung GmbH unter der Bedingung, dass auch das Land Steiermark entsprechende Leistungen erbringt, eine zusätzliche Subvention in Höhe von 138.600 zur Verfügung stellt, damit die Miettagen in der Helmut-List-Halle finanziert werden können und die Projektgenehmigung für die Jahre 2023 bis 2027 über diesen Betrag zu erteilen, und die Fördervereinbarung durch das Kulturamt und die Finanz- und Vermögensdirektion mit der Steirischen Kulturveranstaltungen GmbH nach dem beiliegenden Vertrag vorzubereiten. Die Auszahlung der Mittel erfolgt jeweils am 23. Juni jedes Jahres. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

1. *Die Stadt Graz gewährt der Steirische Kulturveranstaltungen GmbH unter der Bedingung, dass das Land Steiermark der Gesellschaft (gegenüber bisher) eine*

*zusätzliche Subvention in doppelter Höhe gewährt, jährlich ab 2023 bis inklusive 2027 eine solche zusätzliche Subvention in Höhe von 138.600 Euro, Fonds 325000, Finanzposition 1.755000. Die Gesamtsumme für diese Fördervereinbarung beträgt für die Jahre 2023 bis einschließlich 2027 693.000 Euro.*

- 2. Die Projektgenehmigung wird erteilt, es erfolgt die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2023 – 2027 und ist bis einschließlich 2027 mit einem jährlichen Finanzmittelbedarf von 138.600 Euro gesichert. Die Förderung kann aus dem beschlossenen Budget 2023 des Kulturamtes bzw. den Budgetvorgaben für das Kulturamt für 2024 – 2027 abgedeckt werden.*
- 3. Die Fördervereinbarung ist durch die Mag. – Abt. 16- Kulturamt und die Mag. – Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion mit der Steirische Kulturveranstaltungen GmbH laut beigelegtem Vertrag, der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, vorzubereiten.*
- 4. Die Auszahlung erfolgt am 23.6. des jeweiligen Jahres.*

***Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.***

**Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger**

<b>9.8 Stk. 34) A16-014775/2013/0680 A8-030034/2006-88 A8-141818/2021-63</b>	<b>Abschluss einer Fördervereinbarung zur mittelfristigen Finanzierung der Bühnen Graz GmbH für die HLH-Tage und Projektgenehmigung für die Jahre 2023 – 2027 (23.100 Euro p.a. in Summe 115.500 Euro)</b>
--	--

GR Dr. **Hackenberger**:

Und da kann ich mich noch ein bisschen kürzer fassen. Es geht jetzt um die gleiche Finanzierung für diese Helmut-List-Hallen-Tage, diesmal die Bühnen Graz betreffend. Das Land Steiermark und die Stadt Graz haben vereinbart, dass zehn Tage zum Preis von jeweils 6.930 Euro von den Bühnen Graz in der Helmut-List-Halle gebucht werden, und der Antrag bezieht sich darauf, dass diese Finanzierung gegenüber den Bühnen Graz gewährt wird. Ich stelle daher wieder, mit Ihrer Zustimmung, Herr Stadtrat, den Antrag, dass der Gemeinderat der Bühnen Graz GmbH, unter der Bedingung, dass auch das Land Steiermark der Gesellschaft eine zusätzliche Subvention in doppelter Höhe beschließt und zur Verfügung stellt, für die Jahre 2023 bis 2027 jährlich 115.000 Euro zur Verfügung zu stellen und die Projektgenehmigung für die Jahre 2023 bis 2027 zu erteilen. Die Förderung fließt über das Kulturamt und schließt die Fördervereinbarung, dass die durch die Magistratsabteilung 16 Kulturamt und Finanz- und Vermögensdirektion mit der Bühnen Graz GmbH gemäß dem beigelegten Vertragsentwurf abgeschlossen werden soll. Auszahlung erfolgt wieder am jeweils 23 Juni jedes Jahres.

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Die Stadt Graz gewährt der Bühnen Graz GmbH unter der Bedingung, dass das Land Steiermark der Gesellschaft eine zusätzliche Subvention in doppelter*

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2022

*Höhe beschließt, jährlich für 2023 bis einschließlich 2027 eine Subvention in Höhe von 23.100 Euro, Finanzposition 1.32300.755100. Die Gesamtsumme für diese Fördervereinbarung beträgt für die Jahre 2023 bis 2027 115.500 Euro.*

- 2. Die Projektgenehmigung wird erteilt, es erfolgt die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2023 - 2027 und ist auf der Finanzposition 1.32300.755100, gesichert bis einschließlich 2027 mit einem jährlichen Finanzmittelbedarf von 23.100 Euro. Die Förderung kann aus dem beschlossenen Budget 2023 des Kulturamtes bzw. den Budgetvorgaben für das Kulturamt für 2024 bis 2027 abgedeckt werden.*
- 3. Die Fördervereinbarung ist durch die Mag. Abt. 16 – Kulturamt und die Mag. Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion mit der Bühnen Graz GmbH laut beigelegtem Vertrag, der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, abzuschließen.*
- 4. Die Auszahlung erfolgt am 23.6. des jeweiligen Jahres.*

**Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) abgelehnt.**

**Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.**

**Berichterstatter: GR Lenartitsch**

**9.9 Stk. 36) A10/1P-065416/2019-97      Austausch von 205 Parkscheinautomaten,  
A8-141816/2021-190                      Budgetvorsorge und  
Aufwandgenehmigung 2023 über  
€ 1.723.000**

**GR Lenartitsch:**

Sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, hoher Stadtsenat. Es geht hier in diesem Stück um den Austausch von 205

Parkscheinautomaten. Warum ist das wichtig? Weil es wird ja dann auch wiederkommen, es geht ja um Finanzen, und wieso sollten wir die austauschen? Die Parkscheinautomaten sind in die Jahre gekommen. Es einen Vertrag über die bereits über zehn Jahre alten Geräte, dass, wenn wir die servicieren, wir enorme Kosten haben, beziehungsweise dem schon gleichgestellt sind, wenn man sich neue Parkscheinautomaten anschafft. Was ist der Unterschied von den alten zu den neuen? Die neuen Parkscheinautomaten haben dann alle auch die Funktion, dass man mit Bankomatkarte oder Kreditkarte zahlen kann. Das ist ein großer Vorteil. Würden wir sagen, nein, wir haben derweil kein Geld dafür, für die Parkscheinautomaten und beschaffen wir sie erst im nächsten Jahr, dann wäre an Kosten für die 205 Stück, die wir sowieso austauschen müssen eines nach dem anderen, nämlich das Doppelte plötzlich zu bezahlen. Ich glaube nicht, dass wir uns das gönnen sollten. Vor allem, weil auch laut der Firma, die die ganzen Parkscheinautomaten wartet, ungefähr vier bis fünf Parkscheinautomaten pro Monat zum Servicieren sind, weil einfach die Software beziehungsweise Hardware, die drinnen ist, defekt wird. Das würde ja einen weiteren Ausfall von Einnahmen über die Parkscheinautomaten bringen. Das wollen wir auch nicht. Also würde ich einfach nur bitten, dem Stück zuzustimmen und zu sagen, ok, schauen wir, dass uns nicht mehr Einnahmen flöten gehen, als wir mit diesen neuen Parkscheinautomaten lukrieren könnten. In diesem Sinne stelle ich den Antrag, dass der Gemeinderat beschließen möchte, den Finanzierungshaushalt 2022 und 2023 wie folgt abzubilden, quasi zu verändern, beziehungsweise die Aufwandsgenehmigung 2023 für den Austausch von 205 Parksteinautomaten über 1,723 Millionen zu erteilen. Ich bitte um Annahme dieses Stücks (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Der Finanzierungshaushalt 2022 und 2023 werden wie folgt geändert:*

## öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2022

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP	Deckungs- ring	FVA 2022	FVA 2023
230	649000	1.063000	12303150	PSA-Austausch 2023	D.230315		+1.723.000
230	649000	1.063000	12303130	PSA-Austausch	D.230313	-333.900	
230	649000	1.728000	42303090	Evaluierung Parkzonen	D.230309	-130.100	
230	816000	1.062000	12303050	Div.Kleinmaßnahmen	D.230305		-500.000
180	816000	2.346000		Investitionsdarlehen			-500.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		+130.100	
180	649000	2.346000		Investitionsdarlehen		-333.900	+1.723.000

*Vom Gesamtbedarf von € 1.723.000 werden € 759.000 aus dem Investitionsfonds abgedeckt. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.*

- 2. Die Aufwandsgenehmigung 2023 für den Austausch von 205 Parkscheinautomaten über € 1.723.000 wird erteilt.*

### **GR Brandstätter:**

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Ich würde uns das Ritual ja gern ersparen, aber wenn Sie uns erspart hätten, dass wir nach wie vor nicht davon ausgehen können, dass wir über ein korrektes Budget verfügen, dann müssten wir das Ritual wahrscheinlich gar nicht durchführen. Seitens der Finanzdirektion, wie wir schon mehrmals gehört haben, wird darauf hingewiesen, dass wir nur Budgetbeschlüsse machen sollten, die unaufschiebbar sind, zur Abwendung eines Schadens für die Stadt oder zur Erfüllung einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung erforderlich sind. So viel, so gut. Herr Lenartitsch, Sie haben es jetzt auch schon vorweggenommen. Sie sind der Meinung, dieses Anliegen erfüllt diese Kriterien. Ich möchte ganz kurz sagen, warum wir nicht dieser Meinung sind. Aus unserer Sicht ist es selbstverständlich so, dass wenn man weiterhin auf dieses System, das derzeit

besteht, setzt, diese Neuanschaffung wahrscheinlich notwendig ist. Ich glaube aber, dass das gerade in einer Situation, in der wir uns gerade befinden, durchaus auch angebracht sein könnte, dass wir als Gemeinderat oder auch als Stadtregierung darüber nachdenken, welche kreativen Lösungen es vielleicht auch gibt, um langfristig und nachhaltig Budget einzusparen. In diesem Fall könnte man zum Beispiel darüber nachdenken, das Automatenystem gar nicht mehr weiterzuverwenden, weil damit einfach extrem hohe Kosten einhergehen. Man könnte darüber nachdenken, ob zum Beispiel Handyparken forciert wird und zusätzlich über Trafiken oder Ähnliches eine Möglichkeit geschaffen wird, mit der wir uns einerseits mehrere Millionen Euro nicht nur in der Wartung, sondern auch in der Anschaffung in Zukunft sparen würden und damit auch sicherstellen könnten, dass eine leidige Diskussion, die wir jedes Mal führen, wenn es darum geht, eventuell Erweiterungen zu machen, endlich beendet werden könnte, weil es immer darum geht, dass man sagt, naja, mit der Anschaffung der Automaten und all diesen Kosten ist es wirtschaftlich nicht darstellbar, diese Ausweitungen, wo sie gewünscht sind, durchzuführen. Auch diese Debatte könnte dann zu einer vielleicht besseren, durch einen kreativen Vorschlag gemachten Lösung zu einem guten Ende geführt werden. Auch deswegen muss ich im Namen meiner Fraktion anmerken, dass die Argumentation aus meiner Sicht den Kriterien der Finanzdirektion nicht genügt und somit eine eventuelle Haftung auf jeden Fall gegeben sein könnte. Vielen lieben Dank (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Ich bin doch einigermaßen verwundert. Ich bin wirklich verwundert, gerade weil das auch damit begonnen hat, die Sitzung, und somit komme ich zum Anfang wieder zurück, warum partout dieses Stück von der Partei, die sich als Partei der Wirtschaft bezeichnet, abgelehnt wird. Wenn Sie es genau lesen, das Stück umfasst vier Seiten und listet ziemlich genau auf, warum das jetzt genau den Ansprüchen der Finanzdirektion entspricht. Das Stück ist auch mit dem Finanzdirektor akkordiert, eben weil es da um einen Wartungsvertrag geht, der nächstes Jahr ausläuft, weil wir

Parkscheinautomaten haben, die alle ausgetauscht werden müssen und wenn wir das nicht jetzt tun und den Wartungsvertrag verstreichen lassen, dann wird das alles wesentlich teurer. Also wo da die Wirtschaftlichkeit sein soll, das müssen Sie mir einmal erklären. Und jetzt ein neues Wirtschaftssystem einzuführen, das Handyparken, das es übrigens gibt und das Handyparken, das wir auch überlegen auszubauen, das müssen Sie mir auch erklären. Es gibt Automaten, die jetzt ausgetauscht werden, die stehen seit elf Jahren auf der Straße. Es gibt keine Ersatzteile mehr für diese Automaten. Also erklären Sie mir, wie man die jetzt stehen lassen soll und was da wirtschaftlich dran sein soll? Also das entspricht wirklich den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, der Notwendigkeit, wenn wir weiter Parkraumbewirtschaftung, Richtung Wirtschaftspartei, machen wollen. Also insofern ist das überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Sie da irgendwas in Zweifel ziehen. Dieses Stück ist von der Abteilung und den zuständigen Abteilungen mehrfach durchdiskutiert mit uns. Also ich finde das mittlerweile atemberaubend. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Frau Bürgermeisterin, werte Kollegen im Gemeinderat. Ohne jetzt zum Pflichtverteidiger vom Kollegen Brandstätter zu mutieren, hat er vollkommen Recht mit seiner Kritik. Und ich kann Ihnen das erklären, was für Sie hier atemberaubend und nicht verständlich ist. In diesem Stück findet sich, wie in vielen anderen, einfach dieser Verweis der Finanzdirektion und die haben sich ja etwas dabei gedacht. Danke, das ist es auch schon (*Appl.*).

GR **Stücklschweiger:**

Vielen Dank. Ich halte mich sehr kurz. Frau Vizebürgermeisterin, was gibt es denn hier nicht zu verstehen? Es geht um eine Investition von 1,7 Millionen Euro. Die können wir uns sparen, indem wir in Handyparken verwenden. Das funktioniert in anderen Städten auch. Wieso wollen Sie dual fahren? Wieso wollen Sie dann zusätzlich

1,7 Millionen Euro investieren? Das verstehe ich nicht. Mittlerweile hat jeder Pensionist ein Smartphone und kann Handyparken verwenden. Erklären Sie mir bitte, warum wir diese 1,7 Millionen Euro nicht anders verwenden können, das verstehe ich nicht.

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner** unverständlich.*

**GR Stücklschweiger:**

Wirklich? Was macht Wien?

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**: Dort gibt es in der Trafik Zettel zu kaufen, die haben wir nicht ...*

**GR Stücklschweiger:**

Genau das hat der Kollege Brandstätter vorgeschlagen.

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner** unverständlich.*

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**: Herr Gemeinderat Stücklschweiger, setzen Sie bitte fort Ihren Beitrag. Keine Fragestunde, bitte.*

**GR Stücklschweiger:**

Aber danke, dass Sie darauf eingegangen sind. Der Kollege Brandstätter hat genau das vorgeschlagen, Handyparken zu verwenden und Trafiken einzusetzen für all jene Menschen, die des Handyparkens nicht mächtig sind. Nichts anderes hat er vorgeschlagen. Wir würden uns 1,7 Millionen Euro ersparen.

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner unverständlich.*

**GR Stücklschweiger:**

Wie bitte?

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR Stücklschweiger:**

Bist du deppert? Was ist, bist du deppert? Habe ich nur am Rande gehört. Dankeschön (Appl.).

**GR<sup>in</sup> Herlicska:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Stadtregierung, wir haben sogar noch Gäste, schönen guten Abend. Wir haben ...

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**GR<sup>in</sup> Herlicska:**

... die müssen? Ja, aber das ist auch schön, dann begrüße ich sie doppelt so herzlich, wenn sie müssen, wenn sie uns hier noch zuhören müssen (*Appl.*).

Eine kurze Ergänzung zu dem Thema, warum Parkscheinautomaten weiterverwendet werden müssen und warum Handyparken alleine nicht ausreicht. Diese Frage ist heute auch im Finanzausschuss gestellt worden und dahingehend beantwortet worden, dass wir verpflichtet sind, eine Parkscheinbereitstellung zu liefern, die keine zusätzlichen Gebühren verursacht, wie es jetzt derzeit beim Handyparken wäre. Das wollte ich nur ergänzen, um das auszuräumen und ich frage mich auch, was gewisse Seniorensprecher dazu sagen, dass man den älteren Damen und Herren das aufzwingen möchte, dass sie diese Parkscheine mit dem Handy kaufen müssen. Und bitte, bei dem vollständigen Tatsachenbericht zu bleiben, ja? Dankeschön (*Appl.*).

**GR Brandstätter:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin verwundert, wie man das jetzt so falsch verstehen hat können. Ich glaube, es war recht simpel. Aber zuallererst, ich glaube, Frau Vizebürgermeisterin, Sie können durchaus uns überlassen, was wir als Wirtschaftspartei für wirtschaftlich halten und was nicht. Und ich kann Ihnen sagen, was ich nicht für wirtschaftliche erachte, nämlich jetzt 1,7 Millionen Euro zu investieren, die man mit anderen Systemen nicht investieren müsste. Und ja, selbstverständlich nicht jeder kann Handyparken verwenden, deswegen habe ich gerade vor fünf Minuten, und deswegen ist es eigentlich redundant, vorgeschlagen, dass man eben genau deswegen ein Zusatzsystem schaffen kann, durch das uns wenig, vielleicht gar keine zusätzlichen Kosten als Stadt Graz entstehen würden. Und ich verstehe nicht, warum man da nicht dazu bereit sein will. Oder was jetzt da der Hintergrund ist, dass man jetzt auf Biegen und Brechen sagt, nein, es gibt ein System und das augenscheinlich wirklich, ich weiß nicht, wenn die die ganze Zeit kaputt werden und jedes Mal tausende Euro an Wartungskosten anfallen, dann muss man sich irgendwann überlegen, ok, haben wir vielleicht jetzt schon einen Stand der

Technik und der digitalen Möglichkeiten, die es unsere möglichen, da jetzt besser zu werden. Und das allein war der Vorschlag. Und deswegen bin ich auch der Meinung, dass die Finanzdirektion vollkommen zu Recht den Passus auch noch solchen Stücken beifügt. Mag schon sein, dass das abgesprochen ist, mag auch sein, dass der Finanzstadtrat der Meinung ist, dass das dringlich ist und deswegen beschlossen werden kann und auch darf. Wir sind halt nicht dieser Meinung und ich glaube, ich habe das ausreichend und gut begründet und bin deswegen auch verwundert, aber gut, mag sein. Vielen Dank (*Appl.*).

**GR Stücklschweiger:**

Ich möchte nur noch ganz kurz ergänzend dazusagen, auch das Bezahlen der Parkscheine über einen Parkscheinautomaten mit Kreditkartenfunktion bringt zusätzliche Kosten mit sich, weil jede Kreditkartentransaktion Geld kostet. Das heißt, ihr werdet das zukünftig, wenn ihr das so handhabt, miteinpreisen müssen. Ich glaube, ihr habt da ein bisschen was übersehen. Also vielleicht unterhalten wir uns vorher noch einmal mit Digitalisierungsexperten, welche Lösung tatsächlich die bessere ist (*Appl.*).

**GR Lenartitsch:**

Danke, dass ich das noch einmal ganz kurz erläutern darf. Handyparken findet derzeit zu 18 % statt, sprich über 80 % zahlen noch mit Karte beziehungsweise mit den Münzen. Würden wir diese Parkscheinautomaten jetzt nicht austauschen, 200 Stück, würden uns erhebliche Kosten entgehen beziehungsweise Einnahmen entgehen. Das andere ist, wenn sie, ich weiß ...

*Zwischenruf GR **Brandstätter**: Weil die Leute dann nicht mehr parken? Warum sollten Einnahmen verloren gehen?*

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Der Herr Gemeinderat Lenartitsch ist am Wort, bitte. Es ist wirklich schon spät*

**GR Lenartitsch:**

Herr Brandstätter, ich bin schon eine Zeit lang auf dieser Welt. Damals haben wir in Graz noch Parkscheinzetteln gehabt, die man in der Trafik gekauft hat. Und vielleicht ist es meiner Unwissenheit beim Ausfüllen von einem Lotto-Schein geschuldet, dass man sich da manchmal vermalt, aber der war einfach dann nicht mehr gültig und man hat den nächsten vom Block gerissen und hat eigentlich so sein Geld mehr oder weniger weggeschmissen, sprich, wenn man die nicht ganz genau ausgefüllt hat, dann waren sie ungültig und man hat so quasi eine Parkstrafe bekommen, obwohl man gut Gewissens, eh seinen Parkzettel hineingelegt hat. Wenn der Herr Stücklschweiger sagt, wir sollen die digitalen Möglichkeiten prüfen, ist, glaube ich, der Parkzettel so quasi, den ich händisch ausfülle, genau das Gegenteil (*Appl.*), um eben vielleicht noch einmal zu klären, was oder in welche Richtung es gehen sollte. Aus diesem Grund kann ich einfach nur bitten, wenn man eine Ertüchtigung eines Parkscheinautomaten um den gleichen Preis so quasi hinnehmen muss als ein neues Gerät, glaube ich, würde jeder von Ihnen ein neues Küchengerät vorziehen, bevor er so quasi das alte Küchengerät um einen Neupreis reparieren lassen würde. Ich bitte um Annahme. Danke (*Appl.*).

***Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und KFG) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und Lohr) angenommen.***

**Berichterstatter: StR Dr. Riegler**

**9.10 Stk. 37) A16-003470/2003/0469  
A8-141818/2021/62**

**Aktualisierung der  
Finanzierungsvereinbarung für das  
Europäische Fremdsprachenzentrum Graz**

**StR Dr. Riegler:**

Das ist so, dass wir hier das Europäische Fremdsprachenzentrum haben. Eigentlich hätte, ich glaube, der Peter Piffl-Percevic das berichten wollen, aber überlässt du es mir? Beim Europäischen Fremdsprachenzentrum handelt es sich um die einzige internationale Organisation, die ihren Sitz in Graz hat. Es ist eine Einrichtung des Europarates in Österreich und wurde mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 10. Juni 1998 und vom 4. Dezember 2003 sowie, dann erneuernd, mit Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juli 2012 eben ermöglicht und ist sozusagen der Inbegriff einer Einrichtung, die sich die Vielsprachigkeit und die Beschäftigung mit der Vielsprachigkeit zum Ziel gesetzt hat. Ich glaube, wir können sehr stolz darauf sein. Wir haben auch jedes Jahr im Herbst immer das Fremdsprachenfest, meistens angesiedelt in den Räumlichkeiten des GrazMuseums. Es geht jetzt darum, dass wir dieses Europäische Fremdsprachenzentrum in Graz mit einer neuen finanziellen Ausstattung wieder für die nächsten Jahre fit machen sollen. Das Stück ist, glaube ich, recht einfach aufgebaut. Es geht darum, dass der Bund 100.000 Euro, die Stadt Graz 148.500 Euro und das Land Steiermark 148.500 Euro für diese wichtige Einrichtung beistellen. Und ich bin mir relativ sicher, dass wir bei diesem Stück relativ rasch ebenfalls zu einer mehrheitlichen Annahme kommen und bitte um Ihre Zustimmung (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die Genehmigung und Ermächtigungserteilung zur Unterfertigung zur Aktualisierung des bestehenden Verwaltungsübereinkommens zwischen dem Bundesministerium für*

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2022

*Bildung, Kunst und Kultur, dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, dem Land Steiermark und der Stadt Graz über den Beitrag zum erweiterten Teilabkommen des Europarates, dessen Entwurf einen integrierenden Bestandteil dieses Gemeinderatsbeschlusses bildet, wird erteilt. Der Beitrag der Stadt Graz ist in diesem Übereinkommen weiterhin mit € 148.500, p.a. festgesetzt.*

*„Die erforderlichen Mittel für das Haushaltjahr 2023 in Höhe von EUR. 148.500 sind in SAP-GeOrg unter den Reservierungsnummer 371003234 und Fonds 289000 / Fipos 1.757000 „Europäisches Fremdsprachenzentrum“ im Budget eingesetzte Betrag herangezogen, wie im Motivenbericht angegeben, reserviert.“*

*Die erforderlichen Mittel für die Jahre 2024 ff sind aus dem LCF des Kulturamtes für das jeweilige Jahr abzudecken.*

***Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Ich danke recht herzlich. Wir sind am Ende der öffentlichen Tagesordnung. Ich möchte mich ganz herzlich bei der Schriftleitung bedanken, bei den Kolleg:innen der Öffentlichkeitsarbeit, bei den Kollegen der Sicherheitswache und Rathauswache und bei unseren Hausarbeitern, danke, ich glaube, es ist niemand mehr oben, und vor allem natürlich bei Ihnen, liebe Zuseher:innen und Hörer:innen. Sollte noch wer dran sein, darf ich Ihnen im Namen aller unserer Kolleg:innen hier im Grazer Gemeinderat und in der gesamten Stadtregierung fürs Zuhören und Zusehen danken und Ihnen, Ihren Familien schöne Festtage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr wünschen. Die öffentliche Sitzung ist somit beendet (*Appl.*).

***Ende Tagesordnung: 20.35 Uhr.***